den beiden Hausburschen der Abteilung gründlich gescheuert und gereinigt. Durch Überlassung des größten Anteils meiner Gefängniskost konnte ich diesen ihre Dienste lohnen.

Mit den anderen Gefangenen Stadelheims kamen wir nur in Berührung, wenn wir zu Vernehmungen oder Besuchen durch die Gänge und Höfe der Anstalt in das Besuchszimmer gebracht wurden. Zeitweise wurden auch Gefangenentrupps durch den Hof geführt, während wir unsere nachmittägigen Frischluftstunden hatten. Dann und wann lugte aus den Oberlichten der vergitterten Fenster ein Kopf heraus, der uns kameradschaftliche Grüße zurief oder uns zuwinkte. Überhaupt hörten wir nie ein unfreundliches Wort oder sahen gehässige Mienen, obwohl wir der „verruchten Offizierkaste" angehörten, die doch bekanntlich der Feind des „werktätigen" Volkes ist, und noch dazu Uniform, Orden und schwarzweißrote Kokarde zur Schau trugen. Vielmehr brachten uns unsere „Genossen" eine geziemende Hochachtung und ein gewisses Wohlwollen entgegen.

Das Band gemeinsamen Schicksals schafft eben doch eine Solidarität, die auch unter seltsamen und nicht gewöhnlichen Verhältnissen über Stand, Brauch und Herkommen obsiegt.

Ich hatte genügend Zeit und Gelegenheit, die Gefangenen zu beobachten und mir ein Urteil zu bilden über diese Verfemten der Gesellschaft.

Nun wurden ja in der Hauptsache nur Untersuchungsgefangene und solche Strafgefangene, die kurze Freiheitsstrafen zu verbüßen hatten, hier in Stadelheim festgesetzt. Aber die Einblicke, die hier gewonnen werden konnten, waren deshalb nicht minder bemerkenswert.

Meist hatten Eigentumsvergehen die Leute ins Gefängnis gebracht. Viele, die aus Not an fremdem Gut sich vergriffen hatten; manche, die falsche oder mangelnde Erziehung, schlechte Behandlung oder triebhafte Neigung auf Wege gebracht hatte, die sie mit den Strafgesetzen in Widerstreit brachten.

Die Kleinen saßen, die großen Lumpen aber liefen derweilen ungehindert in Deutschland herum, konnten Volk und Staatssäckel ausplündern und fuhren in 60pferdigen Kraftwagen als Herren durch die Straßen.

Darf es wundernehmen, wenn ein armer Teufel Mein und Dein verwechselt, wenn er mit ansehen muß, wie neureiche

Protzen angesichts der Not des Volkes in aller Öffentlichkeit schamlos Geld und Gut verprassen, das sie dem Volke abgewuchert und weggestohlen haben?

Nicht jeder, den die starre Gerichtsbarkeit verdammt hat, braucht deshalb ein schlechter Kerl zu sein.

Die bürgerliche Gesellschaftsordnung und das staatliche Recht ächtet notorische Lumpen und Volksschädlinge nicht; ihr Reichtum, mag er noch so zweifelhafter Herkunft sein, verschafft ihnen Geltung und Ansehen.

Die kleinen Lumpen aber, die einmal gestrauchelt sind, erwischt und — meinethalben auch mit Recht — eingesperrt wurden, sind verfemt und die Parias der Gesellschaft.

Diese verweigert ihnen Ehre, Arbeit und Brot. Sie müssen notgedrungen immer wieder da landen, wo die einzige Freistätte für sie ist: im Gefängnis.

Der Staat aber bekämpft auch hier nur die Wirkung, ohne die Ursachen zu beseitigen.

Wenn infolge von Not, Elend und Arbeitslosigkeit die Verbrechen und Vergehen zunehmen, richtet er nicht sein Augenmerk darauf, die Notstände mit allen verfügbaren Mitteln und mit der gesamten Macht des Staates zu beheben, sondern er vermehrt die Polizei und die Gefängnisse.

Staat und Polizei sind der Büttel der Gesellschafts- und Rechtsordnung von heute.

Diese aber fragt nicht nach Können, Leistung und Wert; der Schein entscheidet alles.

Nicht ob einer ein Lump oder Feigling ist, gilt als maßgeblich; wenn er sich in den Maschen des Gesetzes nicht verfängt und solange kein „Skandal" erfolgt, ist alles in Ordnung.

Heuchelei und Pharisäertum herrschen.

Sie sind das hervorstechendste Merkmal der Gesellschaft von heute.

Dies zeigt sich am sinnfälligsten, wenn man die geltende „Moral" einer Betrachtung unterzieht.

Nichts ist verlogener als diese sogenannte Moral der Gesellschaft; mit keinem Begriff wird mehr Schindluder getrieben. Ich stelle vorweg fest, daß ich nicht zu den Braven gehöre und keinen Ehrgeiz habe, ihnen zugesellt zu werden. Zu den „Moralischen" will ich aber schon gar nicht zählen, denn ich habe

die Erfahrung gemacht, daß es mit der „Moral" dieser „Moralischen" meist nicht allzu weit her ist.

Denn gerade diejenigen, die nach außen von Moral geradezu triefen, sind entweder heimlich recht gern unmoralisch oder sie wären es, ach, so gerne, wenn sie nur Gelegenheit fänden.

Ich lasse dahingestellt, ob nicht eine Kokotte, die ihr Gewerbe öffentlich bekennt, sittlich höher steht, als so manche Moralästheten, die ihr wahres Wesen nach außen verleugnen.

Wenn gar die sogenannten Staatsmänner und Politiker in Moral machen, ist es meist ein Beweis dafür, daß ihnen nichts Besseres einfällt, und daß sie das, was sie eigentlich schaffen sollten, nicht wirken können.

Daß bestimmte völkische Kreise auch in dieses abgeleierte Jammerhorn blasen, um der Gesellschaft ihren Kotau zu machen, will mir nicht gefallen. Revolutionär erscheint mir diese Prüderie gewiß nicht, sondern bis zum Überdruß abgeschmackt und reaktionär. Diese Übung sollen sie doch ruhig den Schildhaltern der heutigen bürgerlichen Gesellschaftsordnung überlassen.

Der Soldat wendet sich von dieser Art unwahrer Moral mit Abscheu ab.

Ich habe im Felde den Soldaten nicht darnach beurteilt, ob er den moralischen Anforderungen der bürgerlichen Gesellschaft entsprach, sondern darnach, ob er ein Kerl war oder nicht. Ich kann mir nicht helfen, ein sogenannter unmoralischer Mensch, der etwas leistet, ist mir lieber, als ein „moralischer", der nichts leistet.

In keinem Belang sündigt die sogenannte Gesellschaft mehr und stiftet größeren Schaden als gerade in diesem. Selbstmorde der Besten sprechen eine nur zu deutliche Sprache.

Wenn gar durch die sich mehrenden Schülerselbstmorde diese Gesellschaft der patentierten Moral aus ihrem selbstgefälligen Schlummer aufgeschreckt wird, dann schilt sie mit frommem Augenaufschlag über die Sittenverwilderung der heutigen Jugend.

Dazu muß auch ein Wort gesagt werden.

Und zwar ganz kurz: es ist einfach nicht wahr, daß der Großteil der Jugend schlechter ist als früher. Nein: trotz der Nachwirkungen des Krieges, trotz Ernährungs- und Wohnungselend, trotz erzwungener Arbeitslosigkeit — alles Dinge,

an denen diese Gesellschaft, und nicht die Jugend, die Schuld trägt —, hat diese Jugend ihre hohen Ideale und tritt für sie freudig und offen ein. Die Jungmannschaften in der N.S.D.A.P., ebenso wie in den proletarischen Verbänden bezeugen dies.

Was diese Jungen nicht können, ist etwas anderes: sie finden sich in der doppelten Moral der bürgerlichen Philister nicht zurecht und vermögen Wahrheit und Irrtum nicht mehr zu scheiden. Nur selten steht ihnen ein Lehrer zur Seite, der nicht nur Wissen und Weisheit, sondern auch das Herz ihnen erschließt. Der verrostete Schulmeister aber wird sich darauf beschränken, nach geschehenem Unglück durch sein salbungsvolles und unfehlbares Urteil über eine „verderbte Jugend", die er nicht kennt, noch weniger versteht, den aufhorchenden Spießer wieder einzudämmern.

In Wahrheit sind diese Tragödien das furchtbare Ergebnis einer gesellschaftlichen Ordnung, die an Stelle gesunder Anerkennung natürlicher Vorgänge und Erkenntnisse Heuchelei, Lüge, Verstellung, Prüderie und unangebrachte Entrüstung vorschreibt.

Von dem Mute der Ehrlichkeit und Wahrhaftigkeit haben diese Pharisäer niemals einen Hauch verspürt!

Nimmt gar der Staat für sich das Recht in Anspruch und glaubt, durch Gesetze menschliche Triebe regeln oder in andere Bahnen lenken zu können, so erscheint mir das so laienhaft und vernunftwidrig, daß ich mich wundern müßte, wenn eben nicht die Gesetzgeber dieses Staates die Hüter dieser Gesellschaftsordnung wären. Denn daß durch staatliche Eingriffe in die Bestimmung des Menschen die Familie geschützt oder mehr Kinder erzeugt werden, ist doch eine Annahme, die selbst die Nachtwächter dieses sonderbaren „Freistaates" sich nicht zu eigen machen werden.

„Wahn, Wahn, überall Wahn!" um mit Richard Wagners Hans Sachs zu sprechen!

Ich will darauf hinaus: Der Kampf gegen Heuchelei, Trug und Scheinheiligkeit dieser Gesellschaft von heute, muß aus dem ureigensten, dem Menschen in die Wiege gelegten Triebleben heraus seinen Ausgang nehmen; nur dann vermag er mit Erfolg auch im ganzen menschlichen Leben überhaupt geführt zu werden. Ist der Kampf auf diesem Gebiete er-

folgreich, dann kann der Verstellung auf allen Gebieten der menschlichen Gesellschafts- und Rechtsordnung die Maske heruntergerissen werden.

Dann aber werden manche Verfemte der heutigen Gesellschaft nicht mehr geächtet sein; gewiß aber sind Wege und Mittel gefunden, die den wirklichen und großen Schädlingen der menschlichen Gesellschaft ihre volksverderbende Tätigkeit unterbinden.

Vor den Schranken des Gerichtshofes, den dereinst ein kommendes Geschlecht bestellen wird, werden ohne Ansehen der Person alle diejenigen, die wirklich gefehlt haben, sich zu verantworten haben. Unerbittlich wird den Höchsten wie den Niedersten die rächende Strafe treffen. Ein Barmat wird hier sicher und rasch die verdiente Strafe empfangen; auch der Name Scheidemann wird nicht mehr genügen, sich einer Zeugenschaft vor dem Richter zu entziehen.

Als ich im Jahre 1928 diese Zeilen niederschrieb, konnte ich nicht ahnen, daß drei Jahre später meine politischen Feinde einen groß angelegten Moralfeldzug gegen mich führen würden; einen Feldzug, der an Schamlosigkeit und Gemeinheit beispiellos dasteht. Die Erörterung von privaten Angelegenheiten in der Öffentlichkeit ist nur ein Übel, aus Prüderie, Heuchelei und Unwahrhaftigkeit geboren. Geschieht es aber aus politischen Gründen, um den sachlich nicht angreifbaren Gegner zu treffen, so wird damit ein Tiefstand erreicht, der nicht mehr zu unterbieten ist und jedes Anstandsgefühl beiseite schiebt.

Auch mir wurde zahlreiches Material zur Verfügung gestellt, um diesen unehrenhaften Widersachern auf gleichem Kampfplatz zu begegnen. Jedes Skandalblatt könnte stolz wochenlang mit „Enthüllungen" glänzen. Und der brave Spießer käme aus der ach so wohltuenden Entrüstung gar nicht mehr heraus.

Ich habe derartige Anregungen stets von mir gewiesen.

In der ganzen Welt sind solche politischen „Kampfmethoden", die die Marxisten und Bolschewisten bei uns einführten und die bürgerlichen Schlauköpfe übernehmen, undenkbar; in England sieht das Strafgesetz sogar die empfindlichsten Strafen dafür vor. Nur die deutsche Rechts- und Gesellschaftsauf-

fassung, instinktlos einen jüdischen Schnuller zullend, macht hiervon eine nirgends beneidete Ausnahme.

Seit meinem Eintritt ins politische Leben habe ich das Wundern verlernt. Hätte ich mich gegen die Flut von Beschimpfungen, Beleidigungen und Verleumdungen zur Wehr setzen wollen, ich wäre gezwungen gewesen, allein dafür meine ganze Kraft und Zeit einzusetzen. Schon dies allein hätte den Erfolg meiner Widersacher bedeutet.

Den Versuch, durch die deutschen Gerichte mir Recht und Genugtuung zu holen, mußte ich aufgeben. Ich habe mich damit begnügt, durch den Strafrichter feststellen zu lassen, daß den Anschuldigungen keinerlei strafbare Handlungen zu Grunde liegen. Vom Zivilrichter kann ein Schutz nicht erreicht werden. Ich kann Hunderte verklagen, hunderte von Prozessen führen, hunderte gewinnen; das praktische Ergebnis entspricht immer dem Wunsche meiner Gegner: ich lasse mich von meiner Arbeit wegziehen. Die anderen haben Geld; Geldstrafen schrecken sie nicht. Ich habe weder Geld noch Zeit.

Ich war also vor die Frage gestellt: entweder Kampf für meine Person oder Kampf für die Bewegung. Als Soldat konnte ich nur einen Entschluß fassen: unter Zurückstellung meiner Person die ganze Kraft der S.A. Im gleichen Augenblick hatte ich meine volle Handlungsfreiheit wieder gewonnen. Der Spießer wird dies nie begreifen; der Kämpfer wird mich verstehen; im Bewußtsein meiner Verantwortung habe ich mich kraft eigenen Rechts dem Urteil einer feilen, öffentlichen Meinung entgegengesetzt. Und trotze ihr.

Das ändert freilich nichts an der Tatsache, daß die Rechtsprechung hier versagt.

„Es erben sich Gesetz und Rechte wie eine ewige Krankheit fort; Vernunft wird Unsinn, Wohltat Plage!"

Man wird nicht leugnen können, daß über Rechtsbegriffe die Anschauungen zurzeit recht verschieden sind.

Das Blatt der in Deutschland lebenden Weltjuden, die ja nach der Reichsverfassung bekanntlich auch deutsche Staatsbürger sind, schrieb z. B. nach Abschluß des Barmatprozesses („Frankfurter Zeitung" vom 3. 4. 1928, Nr. 252): „Dies ist das schöne Ergebnis des Prozesses: die deutschen Richter haben sich bewährt! Dem Recht ist Genüge geschehen."

Ob das gesamte deutsche Volk, soweit es sich noch ein eigenes Urteil bewahrt hat, der gleichen Meinung ist, will ich dahingestellt lassen.

Wie schrieb doch ein deutscher Senatspräsident? „Die Strafjustiz ist zur Dirne der Politiker geworden."

Das Gesetz, vor dem jeder Deutsche gleich ist, das Recht, das dem Armen wie dem Reichen, dem Höchsten wie dem Niedersten gleichen Schutz gewährt, das ist die Forderung, die ein Volk erheben kann, das den größten Krieg der Weltgeschichte in seiner Gesamtheit heldenhaft durchschritten hat.

Das Erleben und das Vermächtnis der Front muß in den neuen Gesetzesbestimmungen seinen Niederschlag finden.

So stehen auch auf dem Gebiete der Rechtsprechung und der Gesellschaftsordnung dem künftigen Reiche deutscher Art große Aufgaben bevor.

Eine neue Ordnung der Dinge harrt ihrer Erweckung, die ihre Quellen aus den Sitten und Bräuchen unserer arischen Altvordern schöpft und dem erhebenden und umwälzenden Fronterlebnis, wie den Erkenntnissen einer neuen Zeit, eines sozial freien, wahrhaft stolzen jungen Geschlechts Rechnung trägt.

Noch ein Wort zum Einsperren überhaupt:

Die Rechtsgelehrten sind ja in dieser Frage auch nicht alle einer Meinung; ich konnte als Laie nur die Beobachtung machen: Gelegenheits- und Notstandsvergehen bringen die Leute das erstemal ins Gefängnis; hier treffen sie mit den Gewohnheitsverbrechern zusammen und lernen dieses Gewerbe erst richtig kennen. So wird die Haft zur Schule für die Zunft der Lumpen.

Auch einige politische Gefangene waren zu meiner Zeit in Stadelheim.

Nationalsozialisten, die wegen irgendeines Zusammenstoßes zu empfindlichen Gefängnisstrafen verurteilt waren; auch Kommunisten saßen hier. Ich habe die Treue und Hingabe dieser meist jungen Männer, die ihrer Überzeugung die Freiheit zum Opfer gebracht hatten, hoch bewundert. Der Opfermut, mit dem in diesen radikalen Bewegungen gekämpft wird, muß jedem Achtung abnötigen.

Sie müssen sich trösten: Zu allen Zeiten sind Wegbereiter und Erneuerer in den Gefängnissen gesessen. Kleine Geister

sind nie Revolutionäre, die geistigen Menschen aber stets Empörer gewesen.

Daß man Nationalsozialisten und Kommunisten in dieser Richtung gleich behandelt hat, mag wohl manchen geschmerzt haben und hat auch hohnvolle Anspielungen der bürgerlichen Presse erzeugt.

Vielleicht hat es aber doch auch sein Gutes gehabt. Es trennt uns sehr viel von den Kommunisten, aber wir achten an ihnen und es eint uns mit ihnen die Überzeugungstreue und die Bereitschaft, für die eigene Sache Opfer zu bringen. Und das ist deutsch und deutsch auch an den Kommunisten, mag man sonst über sie schelten, wie man will. Der Haß gegen die Mittelmäßigkeit, d. h. im politischen Leben gegen Spießertum und Kompromiß, und der Kampf gegen den Rückschritt sind Gefühle und Ziele, die den radikalen Bewegungen gemeinsam sind.

Und, lieber Spießer, nun falle nicht ganz in Ohnmacht! Ich behaupte nämlich, daß unter den Kommunisten, insbesondere unter den Angehörigen des roten Frontkämpferbundes, viele ganz ausgezeichnete Soldaten sind.

Ihre aktivistische Einstellung ziehe ich als Soldat jedenfalls der parlamentarisch gebundenen des Reichsbanners vor. Es wird einmal der Tag kommen, wo diese Soldaten im Arbeitsrock den Schwindel und Trug ihrer jüdischen, oder von den Juden abhängigen Führung erkennen. Dann werden sie — früher und instinktsicherer als der Spießer — den Weg finden, auf den ihr deutsches Blut sie weist.

Eine besondere Rechtsunsitte hat sich bei vielen politischen Verurteilungen herausgebildet. Die Angeschuldigten werden zu hohen Geldstrafen verurteilt. Natürlich können sie diese nicht zahlen, da sie den letzten Pfennig dem Vaterland und ihrer Idee geopfert haben. Während draußen hohnlachend die Schieber prassen, können die armen Teufel im Gefängnis darüber nachdenken, daß und warum sie nichts mehr besitzen.

Diese Freiheitsberaubungen bei politischen Beschuldigungen sind ganz ungeheuerlich. Der brave Bürgersmann, der abends seinen Schoppen trinkt, hat ja keine Ahnung davon, was es für einen geistig beweglichen und willensfrohen Menschen bedeutet, Wochen und Monate hinter Gefängnismauern in abgeschlossener Zelle zu verbringen. Und er legt sich keine Rechenschaft ab

darüber, daß nicht nur Hunderte von Kommunisten, die für ihre Überzeugung furchtlos gekämpft haben, sondern auch kaum weniger Nationalisten, Männer von unbändigem Tatwillen, in den Gefängnissen der Republik schmachten müssen.

Sie werden beschuldigt und haben dann ihre Unschuld zu beweisen; bis dahin sperrt sie die Republik vorsorglich einfach ein.

Als Beispiel für dieses sonderbare Rechtsverfahren, das vor allem einer grundlegenden Änderung bedürfte, will ich zwei meiner damaligen Mitarbeiter nennen, die unter dem Verdacht des Fememordes in Haft gesetzt wurden.

Neunzert saß 10 Monate, Schweighart über $2^1/_2$ Jahre (776 Tage) in Untersuchungshaft; die beiden verloren Fortkommen und Beruf.

In den Gerichtsverhandlungen wurden sie freigesprochen, die Verfahren mangels Beweisen niedergeschlagen.

Vielleicht denken einmal die behäbigen Spießbürger, vielleicht auch die „Nationalen" über diese furchtbaren Zahlen und Tatsachen nach. Dann wird auch ihnen die Erkenntnis dämmern, daß es nicht leicht ist, in Deutschland Nationalist zu sein.

Daß bei diesen Gefangenen die Freiheitsberaubung bessernd und bekehrend wirkt, ist nicht gut zu verlangen. Vielmehr steigert sie die Empfindungen von Mißmut und Unzufriedenheit zu Haß- und Rachegefühlen.

Auch „Hochverräter" haben Zeit, sich in ihren Ideengängen zu vervollkommnen. Ich spreche aus Erfahrung!

Und in Stadelheim hatte ich ja nun genügend Zeit zum Nachdenken!

Nachdem mein erster Zorn darüber, daß ich hinter Schloß und Riegel saß, verraucht war, beruhigte ich mich mit der Überlegung: Ochsen sperrt man in der Regel nicht in Gefängnisse, man kann sie ohne Gefahr frei laufen lassen.

Nichts wäre mir in meinem Leben mehr zuwider gewesen, als für dumm angesehen zu werden; da war es mir doch noch lieber, als gefährlicher Schwerverbrecher betrachtet und behandelt zu werden.

Zum Anwalt wollte ich zuerst meinen Reichskriegsflaggenkameraden Dr. Schramm nehmen, der mit mir eines Sinnes war und alles nur Erdenkliche tat, um mir das Gefängnislos

zu erleichtern. In dieser Hingabe ging er so weit, daß er bald selbst den Häschern verdächtig wurde und eingelocht werden sollte.

Sein Vater, der Justizrat Dr. Schramm, übernahm dann meine Verteidigung. Ein hochgesinnter Mann von großem Wissen und Können. Seine ruhige, erwägende Art war eine wertvolle Ergänzung zu meinem übersprudelnden Temperament.

Als Untersuchungsrichter vernahm mich ein Staatsanwalt Dr. Müller, dessen Bestreben, durch Wohlwollen und Güte möglichst viel aus mir herauszuholen, nur von mäßigem Erfolg begleitet war. Immerhin stand ich nicht an, ihm auf manche Fragen Auskunft zu erteilen, soweit ich es für erforderlich und richtig hielt. Hingegen hatte ich von vornherein erklärt, daß ich es ablehnen würde, dem Staatsanwalt Dresse, dem besonderen „Gönner" der völkischen Bewegung, überhaupt Rede und Antwort zu stehen. Dafür hatte Dresse den nicht beneidenswerten Vorzug, den Untersuchungsgefangenen Pöhner zu „vernehmen". So wie eben Pöhner, selbst langjähriger Untersuchungsrichter, diese „Vernehmungen" zu gestalten für richtig befand.

Die Staatsanwälte interessierten sich vor allem für das, was „der Staat" zu erfahren für geboten hielt. Manche Dinge, die uns weit bedeutungsvoller erschienen, nämlich soweit sie die Beteiligung des sogenannten „Staates" selbst, d. h. des Ritters von Kahr und Genossen an unserem Unternehmen betrafen, nahmen sie nur ungern zur Kenntnis.

Eine wahre Jagd nach Akten wurde durchgeführt. Es wurde sehr vieles gefunden. Die Akten allerdings, die uns besonders wichtig waren, und daher auch den Staatsanwalt besonders interessiert hätten, waren nicht auffindbar. Sie ruhten bis zu ihrer Verbrennung wohlverwahrt in einem eisernen Schrank des Wehrkreiskommandos. Daß freilich Herr General von Lossow und sein Stabschef darüber nicht unterrichtet waren, brauche ich wohl nicht besonders zu betonen.

Die mir reichlich zur Verfügung stehende Zeit benutzte ich zunächst zur Abfassung von Beschwerden, die allerdings und natürlich samt und sonders erfolglos blieben.

Der von mir am 26. 9. 1923 erbetene Abschied aus dem Heeresdienst wurde mir am 16. 12. 1923 mit Wirkung vom 16. 11. 1923 bewilligt.

18*

Am 20. 12. wurde ich mit Hühnlein, Streck und Weber nach Neudeck überführt. Angeblich, um an Weihnachten leichter Besuche empfangen zu können; in Wahrheit aber, um dem Staatsanwalt den umständlichen Weg nach Stadelheim zu ersparen. Da wir im stillen mit unserer Freilassung gerechnet hatten, kannte mein Zorn, als uns der Gefängnisvorstand eine salbungsvolle Rede hielt, um uns in seinen Mauern zu begrüßen, keine Grenzen. Ich ließ meine Wut an ihm und dem Staatsanwalt weidlich aus und setzte den braven Beamten schwer zu. Freilich war die Unterbringung in Neudeck mit Stadelheim nicht zu vergleichen.

So setzte ich mich sogleich hin und schrieb folgende Beschwerde an das Volksgericht:

„Ich bin heute von Stadelheim neuerdings nach Neudeck verbracht worden. Ich bin nunmehr sechs Wochen in Haft, wie mir mitgeteilt wurde, wegen Verdunkelungsgefahr. Ich übergehe die rechtlich bisher wohl einzig dastehende Tatsache, daß ich nunmehr sechs Wochen in unwürdiger Haft gehalten werde, während beispielsweise der General von Lossow immer noch frei ist. Ich kann aber jedenfalls verlangen, daß ich nicht in eine enge, übelriechende Zelle gesperrt werde, sondern in ehrenvoller Haft gehalten werde. Das Volksgericht bitte ich daher um beschleunigte Herbeiführung einer anderen Unterbringung, damit mir nicht zugemutet ist, die Weihnachtsfeiertage in derart ekelerregender Weise zuzubringen.“

Gleichzeitig forderte ich vom Staatsanwalt den Rücktransport nach Stadelheim. Da der Oberverwalter froh war, mich loszubringen, kam ich schon am 22. vormittags wieder nach Stadelheim zurück. Hühnlein und Weber folgten mir bald nach, während Streck lieber in Neudeck blieb.

Im Gefängnishof in Neudeck konnte ich kurz Pöhner, Frick und Seydel begrüßen, die hier ungebeugt und unverdrossen ihre Zeit dahinbrachten.

Rührend und erhebend waren die vielen Geschenke, die mir von allen Seiten für das Weihnachtsfest zukamen. Derjenige, der das Gefängnisleben nicht mitgemacht hat — heutzutage gehört es eigentlich schon zum guten Ton, daß man einmal eingesperrt war —, kann sich gar nicht vorstellen, welche Freude auch die kleinste Erinnerungsgabe dem Gefangenen macht. Ich war glücklich. Die Anhänglichkeit und Liebe meiner Kampfgenossen und Freunde hat mir in Stadelheim das Weihnachtsfest herrlich verschönt: in meiner Zelle hatte ich einen großen Gabentisch aufgestellt, der gefüllt war mit Schönem und Gutem, mit allem, was das Herz begehrt.

Dietrich Eckart, der große deutsche Dichter, dessen Werke vielleicht in späteren Zeiten erst ganz erfaßt und in ihrem Werte geschätzt werden, war im November 1923 ebenfalls in Schutzhaft genommen worden. Trotzdem er am Aufstand gänzlich unbeteiligt war und trotz seines besorgniserregenden Zustandes wurde er wochenlang gefangen gehalten. Als endlich der Tag der Befreiung für ihn kam, war es zu spät: wenige Tage darauf erlag er der zehrenden Krankheit. Am 26. Dezember 1923 wurde er in Berchtesgaden zu Grabe getragen.

Am 25. 2. 1924 wurden die Schwerverbrecher I. Garnitur zum Prozeß in die Infanterieschule überführt.

29. Betrachtungen im Gefängnis.

Ein Gutes hatte jedenfalls der Aufenthalt in Stadelheim. Nach der Unrast der verflossenen Wochen hatte ich Zeit und Gelegenheit, mit mir selbst ins reine zu kommen, über Vergangenes nachzudenken und Künftiges zu erwägen.

Die Betrachtungen, die ich anstellte, waren nicht frei von dem Gemütszustand, der mich damals unmittelbar nach dem 9. November 1923 bewegte. Meine Stimmung war getragen einerseits von tiefer Erbitterung über den Verrat, Haß und Rachegefühl gegen die Verräter, anderseits aber von voller Zuversicht auf den Endsieg der völkischen Bewegung.

Heute, nach vielen Jahren, sehe ich die Dinge ruhiger und nüchterner an; ich habe Einblicke in manche Zusammenhänge bekommen, die für das Verhalten mancher auf der Gegenseite stehender Personen einen Schlüssel geben, es erklären, wenn auch nicht entschuldigen.

Alles in der Welt hat Sinn und Zweck.

So wird es auch wohl sein müssen, daß, wenn Deutschland gefesselt am Boden liegt, auch die ihm am treuesten dienen wollen, Freiheit und Leben opfern müssen.

Eines steht jedenfalls außer Frage: Eine Betrachtung, ob es gut oder schlecht war, daß es zum 8. November 1923 kam, ist müßig; es *mußte* dazu kommen.

In einer Niederschrift (vom 19. 11. 1923) beschäftigte ich mich mit der „vaterländischen Einheitsfront".

Ich lasse sie hier im Auszug folgen:

„Die alten Weiber männlichen Geschlechts jammern: die nationalen Männer, die doch ein und dasselbe wollten, stünden heute in zwei Lagern sich feindlich gegenüber. Das wäre doch schrecklich! Die „Irregeleiteten" müßten doch einsehen, daß sie von „falschen Führern" mißbraucht wären usw.

Jetzt handle es sich doch darum, zusammenzustehen, der Feind an Rhein und Ruhr, furchtbare Not im Land usw.

Entschuldigen Sie, meine Herren Schneeräumer! Zunächst einmal sei festgestellt, daß diese Herren, die „im Herzen genau so national" sind wie wir, nunmehr seit März 1920 in Bayern das Heft in der Hand haben und über den Regierungsapparat frei verfügen; beiläufig gesagt, sind sie durch lauter Leute, die heute in unserem Lager stehen, dorthin gesetzt worden, oder nicht *Herr von Kahr*?

Eine unabänderliche Tatsache ist es aber, daß das Frühjahr 1920 gegenüber der heutigen Zeit ein goldenes Zeitalter war, daß alles, aber auch alles schlechter, statt, wie man erwarten sollte, besser geworden ist.

Voran sei festgestellt, daß wir, der Kampfbund, uns verbitten, mit den anderen sogenannten „Vaterländischen" in eine Linie gestellt zu werden, daß wir mit ihnen gar nichts gemein haben wollen und können.

Es gibt zwei, sagen wir, um beim Sprachgebrauch zunächst zu bleiben, „nationale" Lager.

Nennen wir, um für die weiteren Erörterungen die Bezeichnung zu haben, das eine das nationale und unser Lager das nationalistische.

Die „Nationalen" sehen in der Wiederherstellung der Zustände, wie sie vor dem November 1918 waren, das Ideal und das Endziel. Eine „bürgerliche" Regierung ohne äußerlich sichtbaren marxistischen Einfluß, die bewährten Generale und Exzellenzen in hervorragenden Stellungen, letzten Endes wieder ein König, *hinter* den

man sich stellen kann (ja nicht *vor* ihn), in dessen Sonne sich so viele wiegen können, für die heute sonst keine Verwendung im Staate ist. Ein Bayern mit möglichst viel Reservatrechten, insbesondere die Herrschaft der Kirche neu gefestigt. Ruhe und Ordnung als das Ideal jedes braven Bürgers im ganzen Land. Jeder Offizier und Beamte, der durch die Revolution zu Schaden gekommen ist, kommt wieder auf die Stelle, die ihm genau nach Rangalter und Patent gebührt. Vielleicht später einmal eine Auseinandersetzung mit Frankreich, aber „davon darf man nicht reden, sonst reizt man die Franzosen" und „wir haben ja keine Waffen". Es ist auch nicht sicher, ob's die Engländer und Amerikaner gerne hören. Und diese Nationalisten, diese ewigen Mahner und Schreier, sollen doch stille sein und „die ruhige Entwicklung" nicht stören. Es gibt einige Männer, die sind patentiert national abgestempelt, halten von Zeit zu Zeit auch große nationale Reden, z. B. der Herr von Kahr, und damit basta. Alles andere ruht in den Händen der „nationalen" Regierung, um die Bayern von der ganzen Welt beneidet wird.

In kurzen Zügen ist das der Gedankenkreis der „Nationalen". Ein wahres Idyll für die „Gartenlaube"! Die Masse, gedankenloses Nachplappern von Gemeinplätzen und bedingungsloses Vertrauen auf die „nationale" Regierung und ihre Herren. Die Drahtzieher an der Arbeit, um eines herbeizuführen: *die Reaktion*.

Mit diesem Kreise kann uns „Nationalisten" gar nichts verbinden. Uns trennt von ihm eine Welt.

Zunächst: Der Novemberumsturz 1918 ist eines der größten Verbrechen, wenn nicht das größte, das an Deutschland verübt wurde. Aber: es hätte nicht kommen können, wenn die Verantwortlichen auf ihrem Posten gewesen und geblieben wären. Es hätte nicht kommen können, wenn die verantwortlichen Vertreter des alten Systems nicht auf der ganzen Linie versagt hätten. Niemals kann es in Deutschland mehr ein Zurück vor den November 1918 geben. Die Schuldigen von damals, nicht nur die Umstürzler, sondern vor allem die anderen, müssen, soll es je eine Gerechtigkeit geben, der unerbittlichen Strafe zugeführt werden. Auch Herr von **Kahr**, der damalige Regierungspräsident, wird noch Rechenschaft abzulegen haben, wo er in der Nacht vom 7./8. November sich aufgehalten und was er getan hat an der Stelle, wohin ihn der König gesetzt hatte.

Ferner: 5 Jahre hindurch sind nun alle Garnituren Exzellenzen, Staatsminister usw. eingesetzt worden, um Bayern hinaufzuregieren. Der Erfolg: Jammer und Not im ganzen Land. Wir sind immer tiefer gesunken.

Und da sagen nun wir, die Revolutionären: Nicht die Rückkehr zum Alten, die Reaktion, nicht die verbrauchten Exzellenzen und Generale können uns retten; helfen können uns nur die Tatmenschen aus allen Kreisen, hauptsächlich die Jungen, die Frontkämpfer, die zum Kampf bereit und von Vaterlandsliebe und Fanatismus erfüllt sind.

Aus allen Kreisen sagen wir und wenden uns vor allem auch an die Arbeiter. Wie in früherer Zeit sind sie auch jetzt als Stiefkinder behandelt. Als selbstverständlich verlangt man von ihnen Vaterlandsliebe und wundert sich, daß sie den Marxistengötzen nachlaufen, wenn sich niemand anders um sie kümmert. Wir aber wollen sie als unsere Brüder haben und fürs Vaterland gewinnen. Und wenn sie einmal zu uns gehören, dann wissen wir, daß wir treue und redliche Freunde haben und auch die großen anderen Aufgaben, die uns bevorstehen, spielend lösen können.

Das neue Deutschland wird nicht von Geheimräten und Exzellenzen gezimmert werden. Daran werden sich auch die bürgerlichen Spießer gewöhnen müssen. Das deutsche Volk wird es sich nicht gefallen lassen, daß verkalkte Räte einem neuen Deutschland ebensolchen Schaden zufügen, wie sie das alte in Grund und Boden gewirtschaftet haben.

Wir warten nicht und wollen nicht ängstlich Ausschau halten, was macht man in Berlin, was in Paris, London usw., sondern wir sagen, das und jenes tut not und deshalb muß es geschafft werden. Auf zur Tat!

Zum Teufel nocheinmal, soll das, was vollbracht wurde in der Türkei, in Italien, soll das nicht auch in Deutschland möglich sein? Sind wir denn wirklich die Parias der Welt, zu denen auch unsere „Nationalen" mit ihrem Angstgewinsel uns machen wollen?!

Nein und abermals nein!

Wir wissen und wollen, daß Deutschland gerettet wird. Wir wissen, daß darum gekämpft werden muß.

Wohlan wir wollen kämpfen!

Wir wissen, daß wir jetzt noch allein auf uns angewiesen sind; denn unser Ziel ist ein ganz anderes als

das heutige der „Nationalen" und das der Spießer. Wir wollen sie aus ihrer Ruhe aufscheuchen!

Wir wollen:

Schaffung eines neuen, jungen Deutschlands, frei von allen Schlacken der letzten Jahre, frei für alle Stände und Berufe, vor allem aber wieder sauber und ehrlich.

Nicht die patentierte sogenannte Weisheit soll dieses Land regieren, sondern der unbändige Wille, Deutschland zur Macht zu führen."

An die Reichskriegsflagge sandte ich folgende Botschaft:

Kameraden der R.K.F.!

Dem ersten Ansturm der völkischen Freiheitsbewegung am Jahrestag der Novemberrevolte 1918 war der Sieg versagt. Wir haben eine Schlacht, aber nicht unsere Sache verloren. Die R.K.F. hat am 9. 11. 1923 gleich ihren Kameraden der N.S.D.A.P. und des „Oberland" die Waffen senken müssen. Sie ist mit ihren Waffengefährten von dem Generalstaatskommissar von Kahr aufgelöst und verboten worden. Zwei edle Kameraden haben ihre Treue mit dem Tode besiegelt, der unvergeßliche Sturmtruppführer Leutnant Casella, der Besten einer von uns, und unser Freund Faust. Sie werden vor Gott zeugen, daß es noch ein junges Deutschland gibt, das für die Befreiung des Vaterlandes die höchsten Opfer zu bringen bereit ist. Euch allen, liebe Kameraden, danke ich für die Treue, Manneszucht und Tapferkeit, die ihr, eingedenk eures Gelöbnisses, in schweren Stunden gehalten habt, die auch dem waffenstarrenden Gegner Achtung abgenötigt hat. Unser Ehrenschild glänzt strahlender denn je. Der Stolz auf euch, Kameraden, wird mich in den Mauern des Gefängnisses, in das ich nun geworfen bin, glücklich sein lassen.

Stadelheim, 14. 11. 1923. Röhm.

Unser reines Wollen konnte auch durch die Anschläge und Bekanntmachungen der Regierung und die Ergüsse der Kahrpresse nicht herabgewürdigt werden.

Selbst auf bewußte und gemeine Verleumdungen wurde nicht verzichtet. So mußten sich die Offiziere des Kampfbundes vorwerfen lassen, sie hätten außerordentlich hohe Gehälter, ja sogar in Devisen, bezogen, eine verleumderische und absolut

unwahre Behauptung! Leider scheuten sich auch manche Offizierverbände nicht, sie zu übernehmen und in den Versammlungen zu verbreiten, während die so Verleumdeten im Gefängnis saßen und sich nicht wehren konnten.

Das Volk hat ein feines Gefühl für solche Versuche und läßt sich das Urteil nicht trüben. Es erkannte, daß von „den ehrgeizigen Gesellen" nicht einer für sich Vorteile erstrebte.

Das Volk empfand aus innerer Erkenntnis, daß eine Tat verhindert worden war, die ihm zum Segen gereicht hätte.

Die Intelligenz der Bourgeoisie freilich, froh, von Opfern verschont zu bleiben, die ihr die Frucht der Tat auferlegt hätte, war nur allzu geneigt, der „staatsmännischen" Tat Kahrs zuzustimmen.

Diese Menschenrasse, die sich Besonderes darauf zugute tut, mit „objektivem Verstand" alle Dinge zu messen, wird stets auf der Seite desjenigen zu finden sein, der von ihr nicht persönlichen Einsatz und persönliche Opfer fordert.

Sie stellt die Leute, die, wenn es zu handeln gilt, bei dem Rufe: „Freiwillige vor!", auf die Seite treten, damit die Freiwilligen vortreten können.

Das tertium comparationis, d. h. der gemeinsame Vergleichspunkt zwischen Novemberumsturz 1918, Räterepublik und 9. 11. 1923 ist die Feigheit dieses Spießer- und Literatentums.

Der Staat von heute ist ja die gerade Fortsetzung des sogenannten „wilhelminischen Zeitalters" — nur mit einem Unterschied: Die Forderungen, die der Staat an die Person des Staatsbürgers durch die Wehrpflicht stellte, sind weggefallen.

Der Staat vor 1918 gab vor, ein Militärstaat zu sein — er war es leider nicht —, immerhin verlangte er von den Staatsbürgern persönliche Pflichtleistung in bedingtem Maße.

Der Staat nach 1918 ist der ausgesprochene Nachtwächterstaat: er stellt keinerlei Forderungen persönlicher Dienstleistung mehr an seine Bürger. Er spricht nicht mehr von persönlichen „Pflichten", sondern nur noch von sogenannten „Rechten".

Deshalb liebt ihn der Großteil der „Staatsbürger" so sehr und ist jeder Änderung abhold.

Für die Minderwertigen ist er ja das Ideal. „Sachleistungen", Steuern und Abgaben lassen sich beschränken oder umgehen; entscheidend ist, daß der persönliche Einsatz entfällt.

Das sichtbare Verfallszeichen der Demokratie!

Seit Bismarcks Zeiten wird Deutschland nicht mehr geführt, sondern verwaltet. Seine Majestät der Kaiser hatte das ernste Bestreben, Deutschlands Führer zu sein, vermochte sich aber gegen die Widerstände, die sich seiner Führung entgegenstellten, nicht durchzusetzen.

Noch weniger war er der Selbstherrscher, zu dem ihn die Feinde der Monarchie stempeln wollten. Doch seine ersten Gehilfen waren keine Führer, sondern Beamte.

Nur dann kann aber der oberste Führer führen, wenn er die Gabe und Neigung hat, Führernaturen sich beizugesellen und unter sich zu dulden.

Das Heer der Vorkriegszeit war noch die einzige Schule, in der verantwortungsfreudige Führer herangebildet wurden.

Es besteht nicht mehr.

Das demokratische Staatsprinzip, dem sich zeitweise auch das Reichsheer einfügen wollte, ist das Grab des Führertums.

Ich teile die Menschen in zwei Klassen ein, in solche, die Putsche machen, und solche, die keine machen, d. h. auf Deutsch, in solche, die Kerle und — sagen wir, um nicht das naheliegende Gegenwort zu gebrauchen, in solche, die keine Kerle sind. Es kann nicht geleugnet werden, daß die letztere Gattung überwiegt.

Eine rechnerische Überlegung führt übrigens zu demselben Ergebnis. Teilen wir das Geschlecht der Männer, das den Krieg miterlebt hat, in drei gleiche Klassen: die Guten, die Mittelmäßigen und die Schlechten, dann wird jeder Frontsoldat aus Erfahrung bestätigen, daß:

von den Guten die höchste Prozentzahl,
von den Mittelmäßigen weniger,
von den Schlechten am wenigsten gefallen sind.

Die Verhältniszahl dieser Klassen, die vor dem Kriege unter der günstigsten Annahme 1 : 1 : 1 war, ist heute daher vielleicht 1 : 3 : 4; d. h. die Minderwertigen überwiegen.

Kann diese Wahrscheinlichkeitsrechnung ernstlich bestritten werden? Ich glaube es nicht. Nur infolge dieses unverhältnismäßig großen Ausfalls der „Aristoi", der Besten der Nation — nicht von Geburt oder Stand, sondern von Persönlich-

keitswert — vermochten die Minderwertigen die Herrschaft zu erraffen.

Es kann kein Zufall sein, daß die Frauen in diesem Staat eine bevorzugte Stellung erringen konnten. Mit bisheriger Ausnahme der N.S.D.A.P. entsenden alle Parteien Frauen als Volksvertreter in die Parlamente. Das mulier taceat — die Frau schweige — hat heute keine Geltung mehr; die Frauen reden überall mit, die Männer ordnen sich ihnen unter.

Aber gerade diese Gleich- und Unterordnung der Männer den Frauen gegenüber gilt heute als besonders männlich.

Spotten ihrer selbst und wissen nicht wie!

Zeiten staatlicher Macht und Größe, Zeitläufte des Kampfes, haben nie eine überragende Stellung des weiblichen Geschlechts geduldet.

Daß ein Alexander der Große oder Friedrich der Große, ein Cäsar oder Napoleon, ein Prinz Eugen oder ein Karl XII. von Schweden sich weibischen Einflüssen gebeugt hätten, ist nicht gut vorzustellen.

Sie waren zwar die größten Feldherren aller Zeiten, die leuchtenden Vorbilder und Führer ihres Volkes, aber doch nur rauhe Kriegshelden.

Und nicht die mit der Palme des ewigen Friedens im Bunde der Völker geweihten, erleuchteten Staatslenker eines Idealreiches in Schönheit und Würde.

In diesem Meer von Feigheit hat Deutschland heute die Steuermänner, die es verdient. Ich wüßte keine besseren.

Und nur in diesem Staate konnte der Jude die Stellung sich erringen, die er heute einnimmt.

In einem Staat, in dem die Helden zu schweigen haben, muß der Händler das Wort führen.

In einer Zeit, in der die Ideale der männlichen Kraft nichts mehr gelten, die die unmännlichen und weibischen Tugenden preist, die nur die Versöhnung und den ewigen Frieden kennt, den Wehr- und Kampfgeist aber unterdrückt, wird stets der Jude vermöge seiner Charakter- und Geistesanlagen eine vorherrschende Stellung einnehmen können.

Und hier trennt sich wieder meine Auffassung von der des nationalen Spießers. Nicht: der Jude ist an allem schuld! Sondern: wir sind schuld, daß der Jude heute herrschen kann.

Ich bin sicher der letzte, der dem Juden „objektiv" gegenübersteht und der nicht entschlossen wäre, den Kampf gegen die jüdische Vorherrschaft zu führen. Aber ich meine eines: der Kampf gegen die Juden wird mit falscher und unwahrer Front geführt. Man bekämpft den Juden nicht dadurch, daß man seine Fehler, und nur seine Fehler, nachmacht und zu überbieten sucht, die Geschäftsmoral in einer Form betätigt, wie es der Jude nicht tut — weil er zu klug dazu ist —, sondern allein dadurch, daß man es anders und besser macht wie der Jude. Ich bin hier mehr für praktischen Antisemitismus als für fades Geschwätz und widerliche Heuchelei.

Die jüdische Vorherrschaft wird dann nicht mehr sein, wenn wieder deutsche Männer in Deutschland deutsch reden und handeln.

Deutschland wird gesunden, wenn es wieder deutsch sein wird.

Die Lebensgrundsätze sind heute eben nicht deutsch, sondern jüdisch.

Nicht das „Dienen", sondern das „Verdienen" ist heute der Leitsatz der Staatsverbundenheit.

Volk und Staat sind heute gegensätzliche Begriffe. Es kann keine Rede davon sein, daß „alle Gewalt vom Volke ausgeht", wie die Verfassung des Weimarstaates so schön sagt. Der Staat ist heute eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung der Geldmächte, die zwar nicht verantwortlich zeichnen, aber hinter den Kulissen befehlen und unumschränkt herrschen. Die Geldmächte bedienten sich früher des Schwertes zur Durchsetzung ihrer Ziele; heute glauben sie dieser Hilfe entraten zu können.

Die Wehrpflicht mußte deshalb verschwinden, weil sie der Geschäftsmoral unmittelbar entgegensteht. Durch den vom Heere gepredigten Dienst „an Volk und Vaterland" sind dem jungen Deutschen Grundsätze vermittelt worden, die das Geschäft schädigen mußten. Noch mehr: Im Heere lernte der Deutsche, der Soldat wurde, die sozialste Einrichtung des Staates kennen, eine Erkenntnis, die dem Händler zuwider sein muß.

Die Offiziere und Beamten dienten in jener Zeit nicht um den Gehalt, sondern um die Ehre. Der Stand der Offiziere war der sozialst erzogene und sozialst fühlende, wenn hundertmal die Wehrfeinde das Gegenteil behaupten wollen.

Und deshalb mußten beim Umsturz gerade die Offiziere entehrt werden, ihnen mußten die Achselstücke und die Kokarde heruntergerissen werden, um diese Künder sozialer Gerechtigkeit mundtot zu machen.

Damit war die Bahn frei für den Staat von heute.

Nicht dem verlorenen Ruhm, nur der Einbuße an Geld und Gut gilt der Jammer des wähnenden Volkes.

Der große karthagische Feldherr Hannibal könnte die Rede, die er zwei Jahrhunderte vor Christus an seine betörten Volksgenossen hielt, heute unverändert wiederholen:

„Da hättet ihr weinen sollen, als uns die Waffen genommen, die Schiffe verbrannt, die Kriege mit dem Ausland untersagt wurden. Das ist die Wunde, an der wir sterben werden. Als dem besiegten Karthago die Waffenrüstung abgenommen wurde, als es von nun an wehrlos und hilflos zwischen die vielen bewaffneten Völker Afrikas sich hingestellt sah, da seufzte niemand. Jetzt aber heult ihr, daß ihr Steuern aus eigenem Vermögen aufbringen sollt, als würde der Staat zu Grabe getragen. Wie sehr fürchte ich, ihr werdet nächstens empfinden, daß ihr heute nur über das erträglichste Übel geweint habt."

Karthago hörte nicht auf die Stimme seines Feldherrn und Führers.

Im Jahre 146 machten die Römer Karthago dem Erdboden gleich. Ein halbes Jahrhundert nach ihrer Niederlage verschwanden die Karthager aus der Geschichte.

Nicht Geld und Gut, nur Kampf und Wiedergewinnung unserer Ehre können uns vor dem Schicksal Karthagos bewahren.

„Das Wesen eines Staates ist," sagt Treitschke, „daß er seinen Willen mit physischen Kräften durchsetzen kann. Ein Staat ohne Waffenmacht ist überhaupt kein Staat."

In diesem Staat, der kein Staat ist, findet der Soldat keine Stätte.

Das Intellektuellengewerbe der Bourgeoisie, das Spießer- und Literatentum stellt allein den Maßstab auf für die Beurteilung aller Dinge.

Diese klugen, besonnenen und reifen „Staatsbürger" stellten also einfach fest:

Kahrs „staatsmännische Tat" ist ein Segen für Deutschland; denn der „Putsch" war 1. schlecht vorbereitet, wäre 2. spätestens an der Grenze zusammengebrochen, und 3. wäre das Ausland nicht einverstanden gewesen.

Dazu ist zu sagen:

Zu 1.: Der „Putsch" **Hitlers** war mindestens genau so gut vorbereitet, wie der für einige Tage später beabsichtigte Putsch des Herrn **von Kahr**. Beide Putschisten hatten die staatlichen Machtmittel in ihre Berechnung eingestellt. Mit den Führern der Reichswehr und der Landespolizei waren bis ins einzelne gehende Vereinbarungen getroffen. Die Beilage von Dokumenten muß ich mir allerdings aus den gleichen Gründen versagen, die ich schon in den Vorworten angeführt habe.

Ein Vorgehen gegen die staatlichen Machtmittel, ein Kampf gegen Reichswehr und Landespolizei war deshalb überhaupt gar nicht in Erwägung gezogen worden.

Natürlich hat man das Unternehmen auch nicht vorher jedem Herrn Hinz und Kunz mitgeteilt. Daher waren manche Kreise im Zeitpunkt des Losschlagens überrascht und hatten auch nicht bis in die Einzelheiten Vorbereitungen treffen können.

Zur Beruhigung der neunmal Weisen kann aber gesagt werden, daß diejenigen, die es wissen mußten, das, was sie wissen sollten, klar und rechtzeitig erfahren haben.

Da bedauerlicherweise von hundert Menschen neunzig das Maul nicht halten können, muß ein Führer eben oft auf Mitteilungen verzichten, deren Bekanntgabe an sich zweckmäßig und erwünscht, deren Geheimhaltung aber das Wesentlichere ist.

Zu 2. will ich hier nur den Auszug aus einem Protokoll mitteilen, das eine Dienststelle in Berlin betrifft, die von ausschlaggebender Bedeutung für das Gelingen des Unternehmens war:

> „Hier wurde mir gesagt, daß am 8. November alles auf den Hitlerputsch vorbereitet war, und daß die Sache sicher geklappt hätte, wenn **Kahr** und Genossen keine . . . gewesen wären, die ihr eigenes Wohl über das des Vaterlandes gestellt hätten."

Die Herrschaften können sich also beruhigen, auch in Berlin waren die erforderlichen Stellen unterrichtet.

Im übrigen war der Aufmarsch an der Nordgrenze Bayerns, mit dessen Leitung Kapitän Ehrhardt betraut war, nicht nur zum Zeitvertreib erfolgt, und weiter dürfte heute der Öffentlichkeit nicht mehr ganz unbekannt sein, daß gewisse Verbände und Einheiten am 9. November auch in Norddeutschland „marschiert" sind.

Sapienti sat!, d. h. auf Deutsch: mehr kann ich nicht sagen; wem diese kurzen Andeutungen nicht genügen, dem kann ich leider nicht helfen.

Zu Punkt 3 mich zu äußern, fällt mir eigentlich schwer. Es ist ein Jammer, daß ein großer Teil des deutschen Volkes über das Würdelose und Schmachvolle einer solchen Beweisführung sich gar keine Rechenschaft ablegt.

Ich kann zur Not noch verstehen, daß es auch Leute gibt, die sich die nationalistische Auffassung nicht zu eigen machen können: eine Sache ist überhaupt nur dann gut und richtig, wenn die Franzosen damit **nicht** einverstanden sind.

Nicht begreifen kann ich aber, daß in einer Frage, wo es sich ausschließlich darum handelt, wie wir im Innern unser Haus einrichten, einer Frage, die das Ausland nicht das geringste angeht und die auch mit dem eifrigsten Willen nicht mit dem Versailler Vertrag in Zusammenhang gebracht werden kann, daß in einer solchen Frage überhaupt nur dem Gedanken Raum gegeben wird, ob es dem Ausland gefällt oder nicht.

Aber zu unserer Schande muß gesagt werden, nicht nur, daß das so ist, sondern daß sich sogar das „nationale" Deutschland mit diesem Botokudenstandpunkt abzufinden droht.

Es ist dies die Frucht der nun jahrelang betätigten Übung der international eingestellten Parteien, daß sie innerpolitische Forderungen stets unter Hinweis auf die Gnadensonne bzw. das Stirnrunzeln der Entente zu begründen und durchzusetzen suchen. Über das Verächtliche und Verwerfliche dieser Handlungsweise nur ein Wort zu verlieren, sollte eigentlich überflüssig sein.

Das „demokratische" Deutschland, das am 9. November 1918 nach dem Vorbild und auf Geheiß der westlichen Demokratien seine Auferstehung gefeiert hat, äfft doch sonst alles seinen angebeteten Götzenbildern nach. Insbesondere ist immer das, was im Lande des von jedem richtigen Demokraten als Heiligen verehrten Herrn Wodrow Wilson gemacht wird, unfehlbares Evangelium.

Vielleicht wäre es da ganz gut, wenn diese Herren einmal das nachlesen würden, was der amerikanische Staatssekretär des Äußern anläßlich des Sacco-Vanzetti-Rummels im August 1927 im Namen der amerikanischen Regierung amtlich geäußert hat, als einige Großmächte, darunter sogar der Papst, sich für die Begnadigung der beiden Anarchisten einsetzten und sich damit in amerikanische Angelegenheiten einmischen wollten.

Und wenn es schon ein besiegtes Volk sein muß, das zum Vergleich herhalten soll, dann könnte man sich ja auch daran erinnern, wie die Franzosen nach ihrer völligen Niederlage 1871 sich in solchen Belangen verhalten haben.

Und die standen und stehen doch sicher — nach dem demokratischen Glaubensbekenntnis — auf einer „kulturell" besonders hohen Stufe!

Also das Schielen nach dem Ausland ist bei der Beurteilung des Unternehmens vom 9. 11. 1923 gänzlich unangebracht.

Dazu stimmt die Sache überdies schon deshalb nicht, weil eine Großmacht der Entente am 9. November vormittags die neue Regierung dadurch anerkannt hat, daß ein Beauftragter ihr offiziell die Glückwünsche seiner Regierung übermittelte. Des Spaßes halber sei noch angefügt, daß dieser Beauftragte einer von den Vertretern der Feindbundstaaten war, die am Abend des 8. November durch einen bedauerlichen Mißgriff einer Abteilung von Kampfbundtruppen vorübergehend in ihrem Hotel festgesetzt worden waren.

Ein Vorfall übrigens, der sich bei Revolutionen meist nicht vermeiden lassen wird, wie ich für die Angstmeier anfügen will, denen bei dem Gedanken an dieses furchtbare Unglück und seine entsetzlichen Folgen heute noch die Haare sich sträuben.

Bei näherer Betrachtung fällt also die Beweisführung, daß der „Hitlerputsch" auch ohne die Schießübung an der Feldherrnhalle zusammengebrochen wäre, in sich zusammen.

Hingegen können wir eine Tatsache, die vielfach übersehen wird, einräumen, daß durch Hitlers Losschlagen der von Herrn von Kahr beabsichtigte Putsch ins Wasser gefallen ist.

Kahr und Genossen wollten, sagen wir einmal um bayerischer Belange willen, losschlagen. Die Völkischen hätten mit-

tun dürfen, sie sollten ihre Büttel und schließlich die Betrogenen sein.

Wer darüber Eingehenderes wissen will, braucht nur die Berichte des Untersuchungsausschusses des Bayerischen Landtags vom Dezember 1927 nachzulesen.

Dieses Ziel kam durch die Tat des 9. November unter die Räder. Daher die namenlose Wut und die Verfolgung der Hitleranhänger.

Die an trüben Tagen an sich nicht arme bayerische Geschichte ist durch den Verrat des 9. 11. 1923 um ein trauriges Kapitel vermehrt worden. Es ist ein Verhängnis, daß in die Staatsleitung dieses Staates, der einer der deutschesten ist, immer wieder Persönlichkeiten hineingelangen, die die Marionetten unbayerischer und außerbayerischer Kräfte sind.

Eine zusammenfassende Betrachtung der Tätigkeit des Statthalters der Monarchie, Herrn von Kahr, muß zu dem Ergebnis führen, daß unter ihm Rechtsbegriffe grundlegend verändert worden sind, d. h., daß Kahr praktisch in vielen Punkten die Loslösung Bayerns vom Reich vorbereitet und durchgeführt hat.

Hier treten Zusammenhänge zutage, die durch den Fuchs-Machhaus-Prozeß nur ungenügende Klärung gefunden haben, die auch gewisse vorbereitende Arbeiten Pittingers, des Vertrauten des Herrn von Kahr (z. B. über eine gesonderte Kohlenversorgung Bayerns), in eigenartigem Lichte erscheinen lassen. Die Acht gegen den „Preußen" Ludendorff war keine zufällige Entgleisung. Sie lag ganz in dem Denkkreis und der Willensrichtung jener Drahtzieher, die die Mainlinie nicht vergessen wollen. Dieser „Patrioten" alter Prägung in neuer Auflage, die nur den Weißwurstäquator kennen, und denen das Wort „Deutsch" heute noch eine unerhörte Beigabe ist.

Dieser merkwürdigen Sorte weißblauer Landesbewohner, deren Welt die Heimat ist, von der *sie* träumen. Die in ihrer engstirnigen Verbohrtheit einen Pfahlbürgerstaat ersehnen, dessen Zeitrechnung von 1866 wieder nach rückwärts verläuft.

Den Horizont dieser eigentümlichen Stammesbrüder hat ein bayerischer Landsmann einmal treffend so geschildert: sie kennen nur drei Rassen: erstens die „Bayern" (natürlich nur

die patentierten!), zweitens: östlich von Salzburg die Schlawiner, drittens: nördlich des Mains die „Preußen".

Letztere stellen natürlich den Inbegriff der Unbehaglichkeit dar. Eine gewisse Auflage bayerischer „Staatsmänner" legt Wert darauf, diese eigenartigen staatlichen, oder wie man diplomatischer sagt, „eigenstaatlichen" Gedankengänge stets wieder zu neuem Leben zu erwecken.

Preußen sagt man und das Reich meint man.

Ihrem Einflusse vermochte sich Herr von Kahr, wenn auch vielleicht nicht dem Wollen, so doch dem Wirken nach nicht völlig zu entziehen.

Im Gegensatz zu ihm haben die Führer der Freiheitsbewegung und der Erhebung vom 8. 11. 1923 den Reichsgedanken verfochten.

Wir Nationalisten lieben unsere Heimat Bayern leidenschaftlich; aber unser Vaterland heißt Deutschland.

Der rücksichtslose und bedingungslose Kampf, den diese Bewegung für die Erhaltung Bayerns beim Reich und gegen Absonderungsbestrebungen in jeder Form führte, hat ihr den Haß und die Verfolgung der Reichszerstörer eingetragen.

Dieser Haß gegen die Freiheitsbewegung beschränkte sich freilich nicht nur auf die Kreise, die einer Lösung Bayerns vom Reiche zustrebten.

Nicht minder heftige Ablehnung fand sie wegen ihrer revolutionären, vorwärtsstrebenden Kampfziele bei all denen, die nur in einer Rückkehr zum Alten ihr Sehnen befriedigt sehen. Die Reaktion mußte, nach den vergeblichen Versuchen, die Kampfbünde für ihre Zwecke vorzuspannen, einsehen, daß sie in ihnen nie und nimmer Bundesgenossen finden würde.

Die junge lodernde Freiheitsbewegung hat weder an der Wiedereinsetzung der im November 1918 davongelaufenen Thron- und Staatsstützen ein Interesse, noch wünscht sie eine Wiederherstellung der Zustände, die den 9. November herbeigeführt haben. Denn gerade für diese, die den Umsturz am leidenschaftlichsten bekämpfen, ist die Frage, ob der Vornovemberstaat, dem Kahr zur Auferstehung verhelfen wollte, nicht ein gerüttelt Maß von Schuld daran trägt, daß diese Revolte überhaupt Boden gewinnen und sich festsetzen konnte, längst beantwortet. Und als Monarchist, als den ich mich auch heute noch mit Stolz bekenne, lehne ich es entrüstet ab,

daß ein solches unwahres und dem Tode geweihtes System für sich die Statthalterschaft der Monarchie in Anspruch nehmen darf und damit dem monarchischen Gedanken für immer den Todesstoß versetzt.

Dieses System, das Schritt für Schritt zurückwich, sich schließlich selbst aufgab und den November 1918 gebar, wird, das ist meine feste Überzeugung, nicht mehr erstehen und endgültig zugrunde gehen. Der wiederholt betätigte Verrat der Reaktion an der jungen Freiheitsbewegung kann diesen ruhmlosen Untergang nur beschleunigen.

Als sichtbares Zeichen dieses unrühmlichen Verfalls ist zu werten, daß Hitler, der Mann der Front aus dem Volke, der sich durch eigene Kraft emporgearbeitet hat, durch den typischen Vertreter der Heimatbürokratie getäuscht worden ist.

Die Sozialdemokratie hatte nicht die Macht und nicht die Kraft zur Beseitigung des alten Systems; dazu fehlte ihr die sittliche Voraussetzung.

Die nationalsozialistische Bewegung allein ist imstande, dieses System niederzuringen.

Die bürgerliche Weltauffassung führt den Menschen, wenn er von der Schule ins Leben tritt, von diesem und seinem Volke weg zur bürgerlichen Gesellschaft. Deshalb hat sie es nicht vermocht, dem Arbeiter den Stolz und den Glauben an sein Volk und Vaterland zu geben. Schule und Staat haben den jungen deutschen Staatsbürger nicht — wie alle anderen Machtstaaten, insbesondere Frankreich — zu N a t i o n a l i s t e n erzogen, sondern zu P a t r i o t e n.

Der Patriot ist nur zu leicht geneigt, sich an Geste und Wort zu berauschen; der Nationalist erkennt nur die Tat an.

Wir müssen es uns verbitten, daß man uns mit der bürgerlichen und patriotischen Weltauffassung belastet und uns mit ihren Vertretern in einen Topf wirft. Wir sind weder bürgerlich, noch rechts, noch, nach dem heutigen Sprachgebrauch, national; wir sind radikal-völkisch-nationalistisch.

Wir sind deutsche Nationalisten und deutsche Sozialisten.

Auch keine Faschisten!

Deutsche Kämpfer brauchen keine fremden Vorbilder.

Das soll kein Werturteil über Mussolini sein.

Die deutschen Staatslenker werden vom Ausland belobt, Mussolini wird von allen gehaßt; das allein beweist, daß er der Staatsmann seines Volkes ist.

Aber wir brauchen in Deutschland keine Mussolinis 1:100 000. Wir haben in der eigenen Freiheitsgeschichte Vorbilder genug!

Der 9. November 1923 sah auf der einen Seite Idealismus, glühende Vaterlandsliebe, Begeisterung, Mut, Entschlossenheit, Offenheit und Ehrlichkeit, in einem Wort: das junge Deutschland; auf der anderen Nüchternheit, Bedenklichkeit, Hinterhältigkeit, Ehrenwortbruch, Eidbruch, Anordnung und Verleitung hierzu — kurz den verzweifelten Versuch eines absterbenden Geschlechts, sich an der Macht zu halten.

Auf der einen Seite selbstlose Kämpfer für eine heilige Sache, auf der anderen Seite neben Männern, die mit zusammengebissenen Zähnen ihre Pflicht erfüllten, Nützlichkeitspolitiker, in ihrer Gefolgschaft Soldempfänger, Leute, die sich durch Tapferkeit gegen deutsche Volksgenossen ihr Gehalt wieder erkämpfen oder die Sporen verdienen wollten; Wetterfahnen schwankender Überzeugung, Gesinnungsjongleure von nicht alltäglichen Ausmaßen.

Daß man, um den „Staat" zu retten, das Volk verraten muß, diese Weisheit hat auch die spitzfindigste gegnerische Beweisführung mir nicht vermitteln können.

Auch die tiefe Einsicht jener Leute, die Volk und Vaterland ohne weiteres gleichsetzen mit der augenblicklichen Regierung, vermochte ich mir nicht zu eigen zu machen. Trotzdem doch von bayerischer Regierungsseite bei jeder nützlichen Gelegenheit immer wieder festgestellt wurde, damit man's nicht vergißt, daß wir in Bayern seit 1920 eine „nationale" Regierung haben!

Der Betrachtung meiner Stellungnahme zur Reichswehr und Landespolizei will ich um deswillen einen besonderen Platz einräumen, weil ich am 9. 11. 1923 noch dem Reichsheer als aktiver Offizier angehörte, wenn ich auch bereits mein Abschiedsgesuch eingereicht hatte.

Ich kann an dieser Stelle nur eines nochmals wiederholen: Ich bin auch heute noch Soldat und nur Soldat. Dem Heere gehört mein ganzes Herz, mein ganzes Sinnen und Trachten.

Wenn ich das Verhalten der Wehrmacht am 9. 11. 1923 in meiner Verteidigungsrede vor dem Volksgerichte einer Würdigung unterzogen habe, die von vielen Kameraden der Reichswehr schmerzlich und bitter empfunden wurde, so geschah es wahrlich nicht, um das Nest, dem ich seit seinem Aufbau mit Stolz angehört habe, zu beschmutzen.

Ebensowenig, um Kameraden, denen ich auch nach dem 9. 11. 1923 Freundschaft und Achtung bewahrte, bewußt zu kränken. Gerade weil ich wußte, wie viele ausgezeichnete Männer in den Reihen der Reichswehr standen, die entschlossen waren, im Heere zu verbleiben, mußte ich so reden.

Meine Worte waren ausschließlich der Ausfluß einer Sorge, die ich um die Entwicklung dieses einzigen Stützpunktes deutscher Art und deutscher Kraft in Neudeutschland hegte.

Denn es scheint mir ein Widerspruch zu sein, wenn die Leitung der Reichswehr auf der einen Seite die Weiterführung der Tradition der alten Armee für sich in Anspruch nimmt dadurch, daß sie Traditionstruppenteile mit der Pflege der Überlieferung der ruhmreichen Regimenter beauftragt, während sie auf der anderen Seite den überlieferten Soldatengeist des alten Heeres planmäßig niederhält.

Hier mag ein kurzer Überblick über den Entwicklungsgang der Reichswehr eingeschaltet sein:

Ihre Stammtruppen 1919 waren die Freikorps, die sich aus Idealisten und glühenden Nationalisten rekrutierten.

Diese Nationalisten durften Spartakus niederwerfen und für die Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände kämpfen.

Als die Kämpfe vorbei waren, brauchte man keine Nationalisten mehr. Es kamen die anderen und setzten sich an ihre Stellen.

Nicht dem Kampfwillen, sondern der Verfassungstreue der Reichswehr galt nun die Sorge der Machthaber der Republik.

Im Ruhrgebiet 1920 bedurfte man nochmals geschlossener kampfgewillter nationalistischer Verbände.

Sie durften fechten, bis sie ihre Aufgabe gelöst hatten: Schutz und Sicherung der augenblicklichen Regierung.

Als sie diesen Auftrag erfüllt hatten, wurden sie heimgeschickt und in verwerflichster Weise beschimpft; die Freikorps verfielen der Auflösung.

Der Aufstand in Oberschlesien konnte die Throne der Männer, deren Kennzeichnung heute noch das Republikschutzgesetz verhindert, nicht mehr erschüttern. Zu einem amtlichen Eingreifen lag daher kein Anlaß vor; der freiwillige Kampf deutscher Nationalisten gegen den polnischen Räuber wurde gnädigst geduldet.

Im Ruhrgebiet 1923 war es dann nur mehr einzelnen verstattet, Leben und Freiheit für Volk und Vaterland zu opfern; sie durften als „Verbrecherische Saboteure" sich beschimpfen, verraten, verkaufen und erschießen lassen.

Die Reichswehr, das Instrument der Verfassung, mußte sich von diesen Freiheitstaten fernhalten.

Jede nationalistische Betätigung innerhalb des Heeres fiel unlieb auf und wurde unterbunden.

Im Herbst 1923 war die „Säuberung" der Reichswehr durchgeführt. Die in der Truppe stehenden nationalistisch gesinnten Offiziere und Soldaten hatten zu schweigen und zu gehorchen. Die „Disziplin" erforderte bedingungslose Unterordnung unter den Willen der Reichsleitung; zudem war ja die Truppe auf die Verfassung vereidigt und wurde „von der Republik bezahlt".

Meines Erachtens ist nun allerdings der Eid auf die Verfassung, d. h. auf eine Sache, etwas Unnatürliches. Einen Eid kann der Mann eben nur dem Mann, nicht einer Form geben, ebenso wie er niemals einer Sache, sondern stets nur einer Person Gefolgschaft leisten kann.

So waren auch die Schwierigkeiten nicht groß, die bayerische Division aus dem Verband des Reichsheeres zu lösen; sie wurde eben auf Bayern verpflichtet und für den Gehalt bürgte der bayerische Staat.

Es kam der 8. November, an dem sich die Nationalisten erhoben, um die Reichswehr mit sich fortzureißen. Auf wen die bayerische Reichswehr gerade verpflichtet war, wußten wir nicht; wir hofften sie in jedem Falle zum Freiheitskampf auf unserer Seite zu haben.

Der „Staat" aber gab den Feuerbefehl.

Und die bayerische Reichswehr und Landespolizei schoß auf die Freiheitskämpfer.

Welch' Wandel von 1919 bis 1923!

Ich habe später versucht, dem Verhalten von Heer und Polizei, deren Zucht und Unterordnung durch die Führung dieser kaum tragbaren Belastungsprobe unterworfen worden war, gerechter zu werden.
Ich vermag es nicht.
Wenn freilich irgend etwas dazu beigetragen hat, einem unvoreingenommenen Urteil von vornherein entgegenzuwirken, so war es das Lob roter und ähnlich gerichteter Presseerzeugnisse. Wenn ein Organ vom Schlag der „Münchener Post“ den Soldaten ihre „Treue und Vaterlandsliebe“ ausdrücklich bestätigt, so ist es darum ein eigen Ding. Dies müßte auch die Reichswehr zum Nachdenken zwingen, auf welchen Weg sie durch ihre damalige Führung geleitet wurde.
Der bayerische General, der die Reichswehr gegen die Kampfverbände aufbot, auch einer der „Retter des Vaterlandes“, hat später stolz verkündet, er habe den „Putsch“ niedergeschlagen, „weil der Feind an den Grenzen stand“.
Man könnte auch an eine andere Überlegung denken: „Weil der Feind an der Grenze steht, schieße ich nicht auf Volksgenossen.“
So wenigstens folgerte einstmals ein anderer General, dem eine ähnliche Aufgabe zugemutet wurde. Das war allerdings kein bayerischer Staatsretter, sondern nur Napoleon Bonaparte.
Was ich für verderblich hielt, mußte ich sagen. Und wenn ich es tat, dann, so glaube ich, handelte ich nicht nur der Absicht, sondern auch dem Ergebnis nach nicht gegen die Reichswehr, sondern für sie.
Mein Ziel war, rückhaltlos den Söldnerstandpunkt zu bekämpfen, der das Heer, die Schule der Wehrkraft und den Sammelpunkt des Kampfwillens der Nation, zu einem wirtschaftlichen Versorgungsinstitut herabgewürdigt wissen will.
Unter dem Drucke und unter Ausnutzung der wirtschaftlichen Not ist im Staatsdienst vielfach ein Typ Menschen herangebildet worden, der der Rücksicht auf Stellung und Brot jede persönliche Willensmeinung unterordnet.
Pöhner hat diese Sorte von Staatsdienern mit dem Ausdruck „Beamtenhuren“ gekennzeichnet.
In einer Ansprache an die Beamten seiner Polizeidirektion sagte er einmal, daß er seine Untergebenen in zwei Klassen einteile: in Beamte und Taglöhner. Unter Beamten verstehe er nur die Männer, die unbeirrt den Weg ihrer Überzeugung gingen.
Im besonderen Maße bedarf aber das Heer selbständiger und verantwortungsfreudiger Führerpersönlichkeiten.
Es war immer das schöne Vorrecht des Offiziers, daß er die wirtschaftlichen Belange zurückstellt hinter die großen Ideale, auf die gerade sein Stand ihn verweist und ohne die sein Beruf nicht bestehen kann.
Wenn das Heer nicht von Offizieren, sondern von festbesoldeten Beamten des Reichsheeres, von Gehaltsempfängern, geführt wird, ist es nicht fähig, den letzten, nur ihm vorbehaltenen Aufgaben gerecht zu werden. Denn, um die „Bezahlung“ stirbt man nicht, sondern nur um „Ideale!“
Man findet selten ein rotes Presseerzeugnis, das sich mit dem Offizierskorps beschäftigt, ohne daß dabei hervorgehoben wäre, daß es „von der Republik bezahlt“ werde.
Diesem dummen Geschwätz, das ein Gorilla dem andern nachplärrt, muß endlich einmal scharf entgegengetreten werden.
Ebensowenig wie das Königliche oder Kaiserliche Offizierkorps aus der Schatulle des Landesherrn besoldet wurde, wird das jetzige Offizierkorps aus der Tasche der republikanischen Würdenträger, die doch die Republik verkörpern, bezahlt.
Nein: damals wie heute wird die Besoldung aus den Steuergeldern des gesamten Volkes bestritten, wobei ich dahingestellt lasse, ob der Teil des Volkes, der den Großteil der Steuern abführt, von dieser Republik besonders begeistert ist. Also nicht die Republik, sondern das deutsche Volk zahlt. Das sind immer noch zwei Paar Stiefel, meine Herren Sozi! Insbesondere hat der ausgeschiedene Offizier, der Ruhegehalt bezieht, einen Rechtsanspruch darauf an den deutschen Staat, weil dieser ihm seit seinem Eintritt in das Heer einen Teil der Gebühren ausschließlich zu diesem Zweck zurückbehalten hat. Übrigens meine ich, daß die Machthaber der Republik nicht aus reiner Menschenliebe und edlem Rechtsgefühl heraus darauf verzichtet haben, Hand auf die Ruhegehälter zu legen; sie sagten sich wohl in kluger Berechnung: Pensionen sind die sicherste Bürgschaft für Ruhe und Ordnung. Je höher die Ruhegehälter der hohen und höchsten Würdenträger der Monarchie, desto geringer das Bedürfnis, diese aufs Spiel zu setzen! Dies wollte ich nur so beiläufig in diesem Zusammen-

hange streifen. Es ändert nichts an der grundsätzlich notwendigen Einstellung des Offiziers gegenüber wirtschaftlichen Rücksichten.

Im Frühjahr 1928 wurde von den „staatserhaltenden" Parteien des Reichstags, um deren Gunst die Reichswehr damals besonders besorgt war, der sogenannte „Phöbus-Skandal" in Szene gesetzt. Herr Geßler hatte es vorgezogen, vor Aufführung dieses Spektakels die Bühne zu verlassen. Eine Abteilung des Reichswehrministeriums hatte auf etwas großzügige Art in einige Unternehmungen Geld gesteckt und dabei mehrere Millionen verloren. Im Zeitalter des „Generals" Dawes und Judko Barmats eigentlich keine erschütternde Angelegenheit. Das Ungewöhnliche und somit der Fehler war nur, daß mit den Geldern vaterländische Unternehmungen gefördert werden sollten und daß der Leiter der Abteilung, Kapitän Lohmann, sich nicht persönlich bereichert hat.

Deshalb stürzten sich die Parteigenossen der Lange-Hegermann und Bauer wie die Wilden auf den unglücklichen Offizier, der den Errungenschaften der Revolution so fremd gegenüberstand.

Warum ich den Fall in diesem Zusammenhang anführe? Weil er beweist auf der einen Seite, daß soldatisch erzogene Offiziere zu Händlern nicht taugen und deshalb die Finger davon lassen sollen. Auf der andern Seite aber, daß der Zeitgeist, Geschäfte zu machen, selbst bei untadeligen Offizieren und in hohen Stellen des Heeres Eingang gefunden hatte.

Die Schuld liegt sicher hier nicht an dem Offizier, der den Sündenbock abgeben mußte und selbstverständlich von seinem Auftraggeber in die Wüste geschickt wurde, sondern an einem System, das unverrückbare Grundsätze der einst besten Armee der Welt preiszugeben bereit ist.

Nicht die Parlamentarier freilich haben das Recht zu rufen „Wirtschaft, Horatio!"; sie dürften am wenigsten dazu berufen sein.

Wohl aber liegt es an den höchsten Führern des Heeres, einen Geist und eine Einstellung aus der Armee zu verbannen, die ihrer Bestimmung zuwiderläuft. Und damit Befürchtungen zu zerstreuen, die von den Freunden, nicht von den berufsmäßigen Zerstörern der Armee gehegt werden!

Und ich muß hier schon noch eines einfügen: Das Verhalten, das die Vertreter des Reichsheeres in den sogenannten Fememordprozessen des Jahres 1928 an den Tag gelegt haben, war alles andere als ein Bekenntnis zum heldischen Gedanken, zu Treue und Kameradschaft bis zum letzten.

Der Name des Generals Pawelsz, als des typischen Vertreters der republikanischen Reichswehrbehörden, wird stets mit dieser organisierten Deutschenverfolgung und Preisgabe opferbereiter Kameraden verbunden bleiben. Der General mag ein zuverlässiger Republikaner sein, ich bestreite das nicht, aber Soldat? — ich weiß wirklich nicht, ob sich das Volk einen Soldaten so vorstellt? Und ob Napoleon von ihm gesagt hätte: voilà un homme!? (Das ist ein Mann.) Ich glaube es nicht.

Die angesichts solcher Beobachtungen auftretende Befürchtung, daß Nützlichkeitserwägungen zeitweise den Vorrang vor den überlieferten Standesauffassungen gewannen, ist schwer von der Hand zu weisen.

Neben dieser Besorgnis komme ich auch darüber nicht hinweg, daß Offiziere, sagen wir einmal aus Prestigegründen, bei dem Reichsheer gehalten wurden.

Die Makellosigkeit des Offizierkorps muß so rein erhalten werden, daß sie auch über jeden Schein erhaben ist.

Die Belassung des Oberleutnants Braun im Heere trotz seines Verhaltens im Gerichtssaal hat dieser Forderung nicht genügt.

Aus diesem Gesichtspunkt heraus habe ich in meiner Rechtfertigungsrede im Prozeß das warnende Wort von der Wahl zwischen Treue und Gehalt als Menetekel ausgesprochen.

Ein Mahnruf sollte es sein, um die Schläfer zu wecken.

Der Generalstaatskommissar Dr. Ritter von Kahr sagte im Gerichtssaal: „Die Reichswehr ist das Instrument, mit dem der Kommunismus niedergehalten werden kann."

Der Ausspruch beweist, daß in der Auffassung über Zweck und Beruf des Heeres die „nationale" bayerische Staatsregierung sich damals mit der demokratischen Reichsregierung in voller Übereinstimmung befand.

So wird es auch verständlich, daß am 9. 11. 23 zur Niederwerfung der völkischen Erhebung sich zwei scheinbar entgegengesetzte Pole, die ich vielleicht am besten durch die Namen

Geßler und Matt charakterisiere, gleichsam von selbst zusammenfanden und vereinten.

Darüber vermag auch nicht hinwegzutäuschen, daß die bayerische Staatsregierung nach Wiederaufnahme der bayerischen Division in den Verband des Reichsheeres, die bekanntlich am 9. 11. 1923 erfolgte, eine größere Selbständigkeit der bayerischen Reichswehr verfassungsmäßig festgelegt wissen wollte.

Um Formen stritt man sich, im Wesen war man sich einig.

Gegen diese Zweckbestimmung des Reichsheeres, der der „Staatsmann“ und Nichtfrontsoldat Kahr Ausdruck verlieh, muß mit aller Schärfe Verwahrung eingelegt werden.

Die Armee ist keine Wach- und Schließgesellschaft.

Die Niederhaltung des Kommunismus kann so wenig Aufgabe und Zweck der Reichswehr sein, wie die Niederknüppelung der Völkischen, für die Kahr sie eingesetzt hat.

Vor einem nochmaligen 9. 11. 23 möge Gott die Reichswehr beschützen! Nie und nimmer kann ihr Daseinszweck sein, deutsche Volksgenossen, und seien es auch böse Rechts- oder Linksradikale, niederzuhalten und niederzuschießen.

Die Reichswehr wird und muß ihre Aufgabe darin erblicken, die Wacht an den Grenzen zu halten und das stolze Erbe der ruhmvollen deutschen Armee bis zu dem Tage in stiller Heldengröße zu verwahren, bis der Ruf an alle deutschen Kämpfer ergeht, die Fahnen wieder zu entrollen und an den Rhein zu marschieren.

Das „Immer daran denken“ wird Reichswehr und Nationalisten wieder einen und dieser Geist wird sie gemeinsam nach Tauroggen und Leipzig führen.

30. Als Angeklagter vor dem Volksgericht.

Am 26. 2. 1924 begann der sogenannte „Hitlerprozeß“ vor dem Volksgericht München I, das in den Räumen der Kriegsschule, wo ich meine Fähnrichszeit 1907 zugebracht hatte, zusammengetreten war.

Wenige Tage vorher hatten Versuche eingesetzt, mich und meine Freunde zu einer „maßvollen Zurückhaltung“ im Prozeß zu bewegen. Anscheinend in hohem Auftrag suchte Professor Bauer am 19. 2. 1923 uns im Gefängnis auf. Er hatte unbegrenzte Sprechzeit ohne Aufsicht erhalten, was bisher noch nie gewährt worden war. Ich nahm seine Ausführungen

ohne Stellungnahme zur Kenntnis. Auch mein Rechtsvertreter, Justizrat Schramm, legte mir die Gedankengänge dar, die er nach Rücksprache mit den Vertretern der Gerichtsbehörde mir zu übermitteln für geboten erachtete. Ich erwiderte ihm darauf am 22. 2. 1924 mit einem Schreiben, dessen erster Teil lautete:

> „Nach reiflicher Überlegung komme ich zu einer Ablehnung der von Ihnen entwickelten Gedankengänge. Ohne dem Entschluß der Herren General Ludendorff, Hitler und Oberstleutnant Kriebel vorzugreifen, bitte ich doch, diesen Herren mitzuteilen, daß ich für meine Person eine eingeschränkte Führung des Prozesses nicht als richtig ansehe und mir die hierfür geltend gemachten Gründe nicht zu eigen zu machen vermag. Vielmehr sehe ich immer mehr eine wirkliche und alleinige Möglichkeit der Gesundung unserer unerträglichen Zustände in der **rücksichtslosen** Führung des Prozesses. Die von Ihnen mir mitgeteilten Auffassungen der Kreise, die einer möglichsten Beschränkung der Verhandlungen das Wort reden, laufen letzten Endes doch nur auf die Weisheit hinaus: „Um Schlimmeres zu verhüten.“ Mit dieser Politik sind wir glücklich zu dem Scherbenhaufen gekommen, vor dem wir heute stehen. Die völkische Idee verträgt diese Kompromisse und Halbheiten nicht. Nachdem der Kampf uns nun vor die Schranken des Gerichts geführt hat, halte ich dafür, hier mit allen zur Verfügung stehenden Waffen den Kampf aufzunehmen und durchzuführen. Der Gedanke einer Schonung der Persönlichkeiten Kahr, Lossow und Seisser ist mir unerträglich. Wir sehen ja jetzt schon, wie man die Sache deichseln möchte: Kahr bleibt Regierungspräsident, Seisser, der seit November 1918 immer wieder auf die Füße gefallen ist, Polizeichef. Nein, so haben wir nicht gewettet. Wir wollen doch nicht einen Fuchs-Machhaus-Prozeß in zweiter Auflage.

Unsere Idee verlangt, das ist meine feste Überzeugung, vollständige Klärung und daher rücksichtslosen Kampf.

Aber auch rein persönlich bin ich gar nicht gewillt, irgendwelche Konzessionen zu machen.

Ich bin nunmehr seit 9. November 1923 in Haft.

Nach Lage der Sache muß ein Freispruch erfolgen.

Trotzdem sind sämtliche Haftbeschwerden, die Sie die Güte hatten, vorzulegen, vom hohen Roß aus verworfen worden. Die Herren Kahr und Genossen waren natürlich

nicht ‚dringend verdächtig'; man hat ihnen nun Monate Zeit gelassen, die Spuren ihrer Vorbereitung und Beteiligung zu verwischen. Auch die Untergebenen werden wohl mittlerweile richtig eingestellt sein.

Diese Tatsache allein kennzeichnet für mich genügend die Rechtslage."

Hochgemut und entschlossen verließ ich am 25. 2. Stadelheim; ich wurde im Kraftwagen nach der Blutenburgstraße gebracht.

Für die Unterbringung und Verpflegung in den Räumen der Infanterieschule war aufs beste gesorgt. Neben ausgiebigem Polizeischutz im Hause waren auch einige Hundertschaften der Landespolizei im Gebäude des Kadettenkorps zu unserer Ehrung kaserniert.

Vorsitzender des Volksgerichts, das über uns zu urteilen hatte, war der Landgerichtsdirektor Neidhardt, ein Mann vornehmer Denkungsart und rechtlicher Gesinnung, den wir um seine Aufgabe, diesen Prozeß durch alle Klippen durchzuführen, wahrlich nicht beneideten. Ein Anzahl Volksrichter stand ihm zur Seite. Auch ein Aufpasser des Justizministeriums gab uns stets die Ehre und dürfte den Vorsitzenden oft mit unerwünschten Anregungen unterstützt haben.

Die Staatsanwälte Stenglein und Dr. Ehard vertraten die Anklage. Während das Verhalten Stengleins, der als Frontkämpfer auch die soldatischen Motive der Angeklagten zu würdigen bestrebt war, durch Sachlichkeit und Zurückhaltung wohltuend berührte, gaben die Angriffe und Bemerkungen Ehards oft Anlaß zu erregten Zusammenstößen.

Im Gerichtssaal traten wir uns zum ersten Male wieder seit dem 9. 11. 1923 alle gegenüber, konnten uns in die Augen sehen und die Hände reichen: General Ludendorff, Adolf Hitler, Oberstleutnant Kriebel, Präsident Pöhner, Oberamtmann Dr. Frick, Dr. Weber, Oberleutnant Brückner, die Leutnante Wagner und Pernet. In unsere Verteidigung teilten sich die Justizräte Schramm, Kohl, Bauer und von Zezschwitz, die Rechtsanwälte Luetgebrune, Dr. Holl, Dr. Götz, Hemmeter, Roder und Gademann.

Es wäre wohl besser gewesen, wenn wir Angeklagten gemeinsam einige Anwälte zur Vertretung unserer gemeinsamen

Belange genommen hätten und diesen die Teilung der Aufgabenkreise überlassen hätten, statt daß jeder einzelne mit seinem Rechtsvertreter auf der Anklagebank erschien. Jedoch setzte auch so jeder der Anwälte sein ganzes Können und Wissen für unsere Sache ein.

Daß es ihnen nicht gelang, ihre Beweisführung zum vollen Siege, d. i. zur Freisprechung der Angeklagten zu führen, lag gewiß nicht an ihnen. Das Urteil war von vornherein gefällt und die Widerstandskraft einiger Volksrichter gegen die Verurteilung wurde sanft, aber mit schließlichem Erfolg überwunden. Ein Kanossagang, wie ihn der temperamentvolle Justizrat Kohl während des Prozesses einmal machen mußte, wäre aber wohl bei einer Prozeßführung, wie ich sie oben andeutete, vermeidbar gewesen. Daß wir Angeklagten und die Verteidiger diesen Gang überhaupt zuließen, statt den Kampf mit dem Gericht bis auf die Spitze zu treiben, war eine Nachgiebigkeit, der sich außer Hitler, Brückner und mir niemand widersetzte, die sich aber im weiteren Verlauf und in der Entscheidung wohl bitter gerächt hat.

Ein freudiges Wiedersehen war es, als ich Hitler wieder die Hand schütteln konnte. Er hatte schwere innere Kämpfe hinter sich; in Landsberg war er sogar in den Hungerstreik getreten, von dem ihn nach langem Zureden Drexler und ein weiterer Parteifreund nur mit Mühe abgebracht hatten.

Bei dem Wiedersehen schien es mir, als ob Hitler Vorwürfe seiner Kampfgenossen vom 8. 11. für den Fehlschlag des Unternehmens befürchtet hätte. Um so freudiger war er bewegt, als er bei uns allen die alte Kampffreudigkeit und Siegesstimmung fand, die auch ein mehrmonatiger Gefängnisaufenthalt in keiner Weise hatte beeinträchtigen können.

Die Vorgänge im Gerichtssaal will ich übergehen; sie sind in der gesamten Weltpresse ausführlich wiedergegeben worden.

Von den Zeugen, die gegen uns ins Feld geschickt wurden, bot wohl der Generalstacheldrahtkommissar Dr. Gustav Ritter von Kahr, der sich an nichts mehr erinnern konnte, das bedauerlichste Bild. Ihm gegenüber stach das Verhalten des Generals von Lossow, der für die schlechte Sache, die er zu führen hatte, wenigstens kämpfte, vorteilhaft ab.

Die Gesundheit der hohen Staatsretter litt allerdings unter den Schlägen, die sie im Prozeßsaal erlitten, so stark,

daß sie sich zu einem Genesungsaufenthalt nach Korfu entschließen mußten. Ihr seelischer Zusammenbruch beweist, daß man seine Ehre nicht ungestraft als politisches Handelsobjekt verwenden kann. Polizei und Gericht, die sonst jeden Völkischen, der nur ein Abzeichen trug, wild verfolgten, hatten auffallenderweise gegen die Flucht nichts einzuwenden, obwohl ein gerichtliches Ermittlungsverfahren, wenigstens der Form halber, gegen sie geführt wurde. Die bayerischen Gerichte hatten Wichtigeres zu tun: sie mußten dafür sorgen, daß die in der Strafanstalt Landsberg neugebauten 20 Zellen auch passend belegt wurden, damit der Neubau nicht umsonst erfolgt war.

Den Gesamteindruck, den ich von den übrigen Zeugen, soweit das Gericht ihre Vernehmung herbeiführte bzw. zuließ, gewann, kann ich nicht verhehlen.

Während die Aussagen der Vertreter der sogenannten führenden Gesellschaftsschichten, insbesondere mancher hohen Offiziere, bedächtig abgewogen waren, um dem System Kahr, das sie liebten, gerecht zu werden, sprachen die sogenannten kleinen Leute, frisch und frei von der Leber weg, wie es ihnen Gewissen und Überzeugung eingab.

Es zeigte sich eben auch hier wieder und muß einmal offen ausgesprochen werden, daß die Treue, Anhänglichkeit und Kameradschaft beim schlichten Mann mehr zu Hause ist, als bei den oberen Zehntausend alter und neuer Prägung. Der einfache Mann kennt keine Vorbehalte, kein Ehrenwort auf Widerruf. Er wandelt nicht auf den verschlungenen Pfaden der bürgerlichen Gesellschaftsordnung, die die Lüge zum Gebot erhebt, sondern er schreitet auf der breiten Straße des Volkes festen Trittes dahin. Er belügt sich nicht selbst und ist treu gegen sich; deshalb ist er auch treuer gegen die anderen.

Mit Bedeutung hat der zweite Kriegsartikel des Soldaten die Treue als seine erste Pflicht bezeichnet. Zur Treue muß sich ein Volk, das einen November 1918 erlebt hat, erst wieder zurückfinden. Nur auf diesem von Betrug und Verstellung gereinigten Boden kann die Wiedergeburt erstehen.

Treue des Geführten zum Führer; nicht minder aber des Führers zum Gefolgsmann. Besonders letzteres mögen sich die Männer, die sich als Führer berufen fühlen, stets vor Augen halten! Mir will scheinen, daß gerade hierin in den letzten Jahren unendlich viel gesündigt wurde.

Solchen Gedankengängen wollte ich im Gerichtssaal Ausdruck geben, als ich die Treue des einfachen Mannes der mangelnden Gesinnungsstärke mancher Offiziere gegenüberstellte.

Ich will gewiß nicht verallgemeinern: das Verhalten einiger Zeugen forderte mich zu dieser Feststellung aber geradezu heraus.

Unter gar keinen Umständen und in gar keiner Lage durfte, wie es insbesondere die Führer der Münchner Offizierverbände taten, die Ritterlichkeit, die ihnen Stand und Beruf auferlegte, der sogenannten Staatsautorität geopfert werden.

Einen erfrischenden Eindruck machten die pflicht- und wahrheitsbewußten Darlegungen fast aller Kriminalbeamten.

Die Schule Pöhner ließ sich nicht verkennen.

Ein leichtes Schmunzeln konnten wir allerdings nicht unterdrücken, als einer dieser Zeugen, offenbar ein zweiter Sherlock Holmes, der am 8. 11. im Bürgerbräukeller Dienst getan hatte, aussagte:

„Als die Maschinengewehre in den Saal gebracht wurden, da merkten wir, daß etwas nicht in Ordnung sein müsse."

Die Reden der Verteidiger standen allesamt auf einer ungewöhnlichen Höhe.

Die zielklaren, überzeugenden, von hoher Warte des Rechts gesprochenen Worte des Rechtsanwalts Luetgebrune fanden ihr Gegenspiel in den temperamentvollen, die Herzen tief bewegenden und wachschüttelnden Ausführungen des Justizrats Kohl und des Rechtsanwalts Holl.

Justizrat Schramm, der zu meiner Rechtfertigung das Wort ergriff, wußte in meisterhafter Rede Gericht und Zuhörer in den Bann seiner Darlegungen zu zwingen. Ich will ihm auch an dieser Stelle nochmals von Herzen für seine hervorragende Hilfe danken. Denn nicht nur mit seinem hohen juristischen Können und seiner Rednergabe, sondern auch mit ganzer Person, mit Herz und Gemüt hat er den Kampf für mich geführt.

Von den Reden der Angeklagten machten die Worte Ludendorffs großen Eindruck.

Seine viel angegriffene Rechtfertigungsrede war wohl der Ausgangspunkt des Kampfes, den er seither mit rücksichtsloser Schärfe gegen Rom führt.

Die glühenden Worte Adolf **Hitlers** packten die Herzen so mächtig, daß im Gerichtssaal, auch am Richtertisch, in aller Augen Tränen glänzten.

Ich selbst trat frei und stolz vor meinen Richter. Den Gedanken, mich für meine Tat am 8. 11. 1923 verteidigen zu müssen, lehnte ich von vornherein ab.

Denn es wäre mir eher noch verständlich gewesen, daß ich vor einem Revolutionstribunal mich dafür hätte verantworten müssen, daß ich für König und Vaterland gekämpft hatte, als vor einem deutschen Gericht die Tat des 8. November 1923 zu rechtfertigen.

Mein Standpunkt war: Wenn wirklich die Weltanschauung der Charakterlosigkeit, Hinterlist und Untreue von einem deutschen Gericht als die richtige angesehen werden sollte, dann wollte ich lieber im Gefängnis leben.

Die Tat, für die ich mich zu verantworten hatte, zu beschönigen oder sie gar zu bereuen, daran dachte ich nicht: Ich war stolz auf sie und stand für sie rückhaltlos ein.

Wir wurden, wie die Führung des Prozesses schon vermuten ließ, verurteilt.

Pöhner, **Kriebel**, **Hitler** und **Weber** mußten den Rest der verhängten Strafe in Landsberg verbüßen. Ich wurde mit den anderen Angeklagten mit Bewährungsfrist auf freien Fuß gesetzt.

Vor den Toren der Kriegsschule harrte eine große Menschenmenge, um die „Hochverräter" zu begrüßen. Berittene Schutzmannschaft, die nach Art der Kosaken in die Volksmassen sprengte und mit Peitschen und Knüppeln wahllos auf Männer, Weiber und Kinder einhieb, konnte die Begeisterung nicht niederhalten.

Am 1. April 1924 war ich wieder ein freier Mann. Noch am gleichen Tage wurde ich von meinen Freunden und Kampfgenossen herzlichst begrüßt.

Zwei Wege standen mir nun nach wiedererlangter Freiheit offen:

Der eine, der Weg der grenzenlosen Verachtung, der in der Einstellung mündet: Wir haben alles getan, dieses Deutschland, das uns immer und immer wieder mit Undank, Schimpf und Schande gelohnt hat, zu retten. Es will nicht gerettet werden und ist daher nicht zu retten. Mag es mit sich selbst fertig

werden! Ich will nun gar nichts mehr wissen und lebe wie die vielen Millionen sogenannter Deutscher nur mir selbst. Der andere Weg zeigt auf seinem Weiser die Worte auf: Deutschland, Deutschland über alles, und im Unglück nun erst recht!

Wir wissen, daß in der Geschichte noch nie Großes erreicht wurde ohne viele Rückschläge, Niederlagen und Enttäuschungen, wir sind überzeugt, daß nur der fanatische Nationalismus Deutschland retten kann und ihm der Endsieg gehört.

Die Märtyrer und Helden, die für unsere heilige Sache gefallen sind, haben uns das Vermächtnis hinterlassen, für Deutschlands Erhebung zu kämpfen und zu siegen.

Ich wußte, welchen der Wege ich zu gehen hatte.

Dem einfachen Mann sollte mein Herz und meine Arbeit gehören: ich wollte ihm ein getreuer Freund, Kamerad und Führer sein. Dem schlichten, gewöhnlichen Mann aus dem Volk, der im Felde meine ganze Bewunderung und Achtung gefunden hatte.

Der Krieg, in dem der Geringste der Söhne Deutschlands mit mir das gleiche Schicksal teilte, mit mir Schulter an Schulter im Kampf stand und dem Tod ins Auge blickte, hat die Schranken, die die bürgerliche Gesellschaftsordnung zwischen ihm und mir einst aufgerichtet hatte, für immer niedergerissen.

Bei dem Besuch eines Freundes auf einem Truppenübungsplatz der Reichswehr hatte ich Gelegenheit, das dortige Offizierheim zu sehen. Nur **ein** Bild schmückte den weiten Raum: es stellte den vorwärtsstürmenden unbekannten Kämpfer der Front dar.

In tiefer Bewegung stand ich vor diesem eindrucksvollen Sinnbild. Der Kommandant des Platzes, der alle alten Erinnerungsbilder aus dem Saale verbannt und nur dieses **eine** an ihre Stelle gesetzt hatte, hätte durch nichts sinnfälliger die Weihe des Fronterlebnisses zum Ausdruck bringen können.

Der schlichte graue Held, dessen Namen und Stand niemand kennt, hat die erlauchten Träger tönenden Namens und ragenden Standes verdrängt.

Nur ein echter Führer der Front, der das erhaben schaurige und jauchzende Erleben wehrender Wacht und schmetternden Sturmes in seinem Herzen trägt, konnte dieses Bild den Männern vor Augen stellen, die berufen sind, das Erbe eines Heldenheeres, das einem Meere von Eisen und Blut getrotzt hat, zu wahren und zu mehren.

Nur ein Führer, das wahre Vorbild eines Offiziers, der im Dreck und Schlamm, in Qualm und Glut eins wurde mit allen Söhnen deutscher Erde, die seiner Fahne folgten!

Zu streiten, ob die Leistungen des Offiziers oder die des Mannes im Felde höher einzuschätzen sind, ist sicher müßig; aber darüber kann kein Zweifel sein, daß der Mann im Ertragen von Anstrengungen und Entbehrungen mehr leisten mußte. Die Opfer, die gerade der Arbeiter- und Bauernstand brachte, sind angesichts der Tatsache, daß der Staat von ihnen nur forderte und nichts gab, vergleichsweise höher zu bewerten.

Niemals und nirgends freilich sind Standesgruppen erbärmlicher um die Frucht ihrer Taten betrogen worden, als gerade die arbeitenden Schichten des Volkes durch ein System, das unter der erlogenen Parole der „Gleichheit und Würde" sich Eingang verschafft hat.

Würde eine, ihrer Verantwortung bewußte Volksregierung das rüde und überhebliche Verhalten gewisser freistaatlicher, die Republik schützender Polizeiorgane ungestraft hingehen lassen?

Das „verruchte monarchische System" hätte solche Elemente zum Teufel gejagt; in der modernen Stickluft des demokratischen Reiches der Würde und Brüderlichkeit und des Parteibuches konnte dieser Typ sich erst entfalten.

Vor den Wahlen macht der emporgekommene Bonze in Volks- und Arbeiterfreundschaft; im Pfuhle der Futterkrippe kennt er nur sich und verleugnet den Bruder.

Auch bei vaterländischen Bierfeiern ist es heutzutage Mode geworden, den Ausspruch von sich zu geben, daß man „um die Seele des Arbeiters ringen müsse".

Ich wollte dem Arbeiter, dem einfachen Mann, in Wirklichkeit Bruder und Freund sein. Die oft gepriesene Kameradschaft gedachte ich nicht in Worten kund zu tun, sondern durch die Tat zu beweisen.

Den Maßstab, daß Stand und Vorbildung, etwa die Reifeprüfung eines humanistischen Gymnasiums, oder gar der Geldbeutel für die gesellschaftliche Achtung und die Ehre eines Mannes erheblich sind, wies ich von mir.

Die Frage konnte nur lauten: Bist du mit Herz und Hand ein Deutscher und bereit, fürs Vaterland zu leben und zu sterben, dann bist du mein Kamerad und Genosse meiner Ehre. Bist du es nicht, dann verweigere ich dir Achtung und Ehre.

Einem Volk der Kämpfer wollte ich dienen, nicht einem Volk der Dichter und Träumer: einem Volk, das meinethalben, nach jetzigen Begriffen, mehr Fehler als sogenannte Vorzüge hat.

Mit diesem Willen trat ich in die Freiheit und ins politische Leben hinaus.

III. Kämpfer der völkischen Front

31. Abgeordneter des Deutschen Reichstages.

Eine Idee kann durch Gummiknüppel nicht erschlagen werden.

Nicht nur Kahr-Bayern, das ganze demokratische Deutschland versuchte um die Wende der Jahre 1923 und 1924 die völkische Bewegung zu zertrümmern.

Aus Kampf, Not und Unterdrückung erhob sie sich im Frühjahr 1924 stolzer und stärker denn je.

Der Hitlerprozeß, der für Wochen die Aufmerksamkeit der ganzen Welt auf sich lenkte, hatte ihr den Boden im Herzen der Deutschgesinnten bereitet; im ganzen Volke hatte die Bewegung Fuß gefaßt.

Die Wahl zum Bayerischen Landtag, die unter dem Eindruck des Prozesses am 6. 4. 1924 stattfand, gab dieser Volksstimmung beredten Ausdruck.

Kurze Zeit darauf bekannten sich auch im ganzen deutschen Vaterland Hunderttausende zur völkischen Bewegung: am 4. 5. 1924 wurde ich als Abgeordneter der Nationalsozialistischen Freiheitspartei mit 31 anderen völkischen Freunden in den Reichstag gewählt.

Das hohe Erbe, das die Männer, die in der Kriegsschule vor den Schranken des Gerichts gestanden waren, der Bewegung in die Wiege gelegt hatten, galt es nun zu erhalten und zu fördern.

Aus der großen Zahl der Anhänger und Freunde eine politische Bewegung zu formen, war die große Aufgabe, die nun der Lösung harrte.

Den Abgeordneten fiel in diesem Rahmen die Bestimmung zu, Mittler zu sein zwischen der Führung und den Männern, die in den deutschen Gauen den Aufbau und die Organisation der Bewegung leiteten, und den Kampf an vorderster Stelle zu führen.

Die Frage, ob es richtig war, daß die Völkischen in das Parlament gingen, ist ja viel umstritten worden. Meines Erachtens durfte sie nicht damit abgetan werden, daß man auf die Mißerfolge und Zersplitterungen wies, wie sie besonders deutlich im Bayerischen Landtag 1924 und im zweiten Reichstag 1924 in Erscheinung traten. Die Gründe hierfür lagen in den Kinderkrankheiten, wie sie die gesamte völkische Bewegung seit ihrem öffentlichen Hervortreten und ihrer unerwarteten Machtgewinnung durchzitterten. Von dieser Erscheinungsform die Notwendigkeit des Verzichtes auf jede Vertretung in den öffentlichen, zur Zeit im staatlichen Leben noch bestimmenden Körperschaften abzuleiten, hielt ich damals bereits für abwegig. Ich erachtete den Entschluß Hitlers, den er während unserer gemeinsamen Haft in der Kriegsschule faßte, der Entsendung völkischer Vertreter in die Parlamente zuzustimmen, für richtig. Die Entwicklungskrankheiten mußten ebenso überwunden werden wie die Irrungen und Wirrungen, die bis 1928 die völkische Bewegung noch schüttelten.

Gerade aber meine Tätigkeit im Reichstag selbst hat mir die Notwendigkeit, daß die völkische Bewegung in ihrer Gesamtheit besondere Vertreter in die gesetzgebenden Körperschaften entsandte, zur Gewißheit gemacht. Denn zu meinen, daß irgendeine Partei die Wahrung völkischer Interessen zu übernehmen bereit und in der Lage gewesen wäre, ist ein kindlicher Glauben. Manche hatten daran gedacht, etwa der Deutschnationalen Volkspartei diese Vertretung zu überlassen. Ob dieser Auffassung nach der Annahme des Dawes-Gutachtens am 29. 8. 1924 und nach Verlängerung des Republikschutzgesetzes am 17. 5. 1927 vom völkischen Standpunkt aus Berechtigung noch zuerkannt werden konnte, muß ich bezweifeln. Auf die Deutschnationale Partei als solche komme ich später zurück. In diesem Zusammenhange ist nur als wesentlich vorwegzunehmen, daß die deutschnationale Parteiauffassung über das Wesen der Volksgemeinschaft und über den Sozialismus doch eine grundsätzlich andere ist als die Lehre der völkischen Weltanschauung.

Wenn es also aussichtslos und falsch ist, zu meinen, einer neuen Idee könnte durch Entsendung von Vertretern bestehender politischer Parteien in die gesetzgebenden Körperschaften Geltung verschafft werden, bleibt nur die Wahl, entweder auf

diese Vertreter in den Parlamenten grundsätzlich zu verzichten oder die Vertretung selbst in die Hand zu nehmen.

Hier höre ich den landläufigen Einwurf, wer den Parlamentarismus bekämpft, darf doch nicht selbst ins Parlament gehen. Ich kann darauf nur erwidern, daß der Soldat den Gegner dort angreifen muß, wo er ihn findet.

Und ich kann mir hier auch einen Seitenhieb auf die sogenannten „Parteilosen" nicht verkneifen, die gerade auf diese Eigenschaft meist sehr stolz sind.

Bei genauer Betrachtung ergibt sich fast stets mangelnder Bekennermut und fehlende Angriffslust als der Antrieb dieser „politisch klugen" Handlungsweise.

In meiner einfachen Denkweise meine ich, daß man sich bei Vorgängen des praktischen Lebens nicht in idealistischen Himmeln verlieren darf, sondern mit gegebenen Tatsachen rechnen muß. Es geht eben nicht immer mit traumverlorenen Blicken in einer lichten völkischen Zukunft zu wandeln und dabei ganz zu vergessen, daß wir uns auf dieser Welt, auf der wir nun einmal leben, mit ganz nüchternen Kampfmitteln die Voraussetzung dafür schaffen müssen, daß wir das, was wir erstreben, im Kampf durchsetzen können.

Der Deutsche jagt stets Wolkengebilden nach.

Und übersieht dabei, daß in dieser Welt nur die Macht entscheidet.

Der Franzose ließ im Felde die Feigen und die Meuterer rücksichtslos erschießen; in Deutschland hat man Erwägungen darüber angestellt, warum diese Lumpen davonlaufen und hat sie dann bedauert und begnadigt.

Der Franzose erklärte im Kriege einfach: Der Kampf wird so lange fortgesetzt, bis Deutschland am Boden liegt.

Derweilen stritt man sich in Deutschland, wer unser eigentlicher Feind sei. Einmal war es der Erbfeind, der Franzose, dann der russische Imperialismus, dann hieß es wieder: Nieder mit England! Manche Leute wissen es heute noch nicht!

Noch jetzt wälzt man Akten und hält tönende Reden, wer an dem Kriege schuld ist. Natürlich nur in Deutschland! Der ganzen übrigen Welt ist das ganz Wurst: Der Sieger ist immer im Recht, der Besiegte hat stets Unrecht.

So war es zu allen Zeiten und so wird es voraussichtlich — trotz Schönheit und Würde — auch bleiben.

Ende 1927 war ich in einer fränkischen Stadt, wo ein nach Amerika ausgewanderter Mann, der im Kriege im amerikanischen Heere gegen uns gekämpft hat, wieder freundlich aufgenommen worden war. In jedem Negerstamme wäre der Bursche, wenn er sich wieder in die verratene Heimat gewagt hätte, in Stücke zerrissen worden. Von seinen deutschen Landsleuten wurde er fast bestaunt.

Die würdelose Bewunderung des Auslandes war in der deutschen Geschichte stets das sprechendste Zeugnis fortgeschrittener Nationalverderbtheit. Der Fremde wird in Deutschland selbst dann geehrt, wenn er in seiner Heimat nichts gilt.

Solange wir Volksverräter in unserer Mitte dulden, solange Leute, die kein Vaterland kennen, das Deutschland heißt, zu Vertretern des souveränen Volkes bestellt werden, solange wir den Fremden nachäffen und nachlaufen, gibt es so unendlich viel praktische Arbeit in Deutschland zu leisten, daß man die himmelstürmenden Ideale ruhig etwas zurückstellen kann.

Ich bin der letzte, der einer ideenlosen Einigkeit das Wort reden will.

Viele Nullen geben immer noch keine Eins, keine Einheit und Einigkeit.

Und auch aus völkischen Etappenbahnhofskommandanturen werden keine Sturmbataillone.

Aber die Kämpfer müssen in eine Front.

Die Schwätzer haben zu schweigen; die Männer allein zu bestimmen.

Politische Deserteure und hysterische Weiber beiderlei Geschlechts müssen ausgeschifft werden; sie hemmen und schaden, wenn es zu kämpfen gilt.

Die N.S.D.A.P. ist nun einmal die zielklarste politische Vertretung der Verneiner dieses Staates von heute, die Sturmtruppe der völkischen Bewegung. Also müssen hier die Kräfte zusammenfließen.

Über Führereitelkeiten müssen wir hinwegkommen. Persönlicher Ehrgeiz der Führer, noch mehr aber der Frauen, in deren Hörigkeit sie sind, muß zurücktreten.

Im Deutschland von heute gibt es viel zu viel Führer und viel zu viel gescheite Leute. Alle wollen Führer sein, niemand sich führen lassen. Auch „Führer", die restlos versagt und abgewirtschaftet haben, wollen dies nicht begreifen und

spielen immer noch mit. Die Frage, ob der Weg zur deutschen Freiheit nicht über die Köpfe mancher sogenannten Führer gehen muß, drängt sich geradezu auf.

Das alles sind Gedankengänge, die mich bei meiner Aufstellung für den Reichstag bewegten. Die Zeit für ihre Verwirklichung war aber noch nicht reif.

In den wenigen Reden, die ich vor der Wahl hielt, wies ich darauf hin, daß ich als Vertreter der Frontkämpfer in den Reichstag gehen werde.

Im Reichstag selbst ergriff ich nur einmal, unter lieblichem Tumult der Kommunisten, das Wort am 28. 5. 1924, um für meinen Kameraden Oberstleutnant Kriebel die Freilassung aus der Haft in Landsberg zu fordern.

Von den Anträgen, die ich zur Wahrung der Rechte der Frontkämpfer der Fraktion vorlegte, die deren Billigung fanden und dem Reichstag vorgelegt wurden, will ich hier einen wiedergeben:

> Der Reichstag wolle beschließen: die Reichsregierung zu ersuchen, umgehend einen Gesetzentwurf vorzulegen, der den Frontkämpfern die Vorrechte im Staate einräumt, die sie sich mit ihrem Blute vor dem Feind erstritten haben. Diese Vorrechte sollen bestehen:
>
> a) in bevorzugter Berücksichtigung bei Besetzung von Ämtern usw. im Reich, in den Ländern und in den Gemeinden. Bei gleicher Würdigkeit und Eignung hat immer der Frontkämpfer gegenüber anderen Bewerbern das Vorrecht. Sinngemäß ist bei Entlassung von Beamten, Angestellten und Arbeitern zu verfahren.
>
> b) In grundsätzlicher Gewährung des doppelten Stimmrechtes bei den Wahlen zu den gesetzgebenden Körperschaften im Reiche und in den Ländern sowie zu den öffentlichen Selbstverwaltungskörpern.
>
> c) In staatlichem Schutz und staatlicher Förderung der Organisationen der Frontkämpfer.
>
> d) In einem Gesetz, das die vor dem Feinde erworbenen Auszeichnungen unter besonderen Schutz stellt und ihre Verächtlichmachung oder Herabwürdigung mit schweren Strafen ahndet.
>
> e) In einer Verordnung, die ermöglicht, nachweisbare Härten und Ungerechtigkeiten, die sich bei Beförderung oder Auszeichnung im Felde ergeben haben, nachträglich auszugleichen.

> f) In einer umfassenden Neugestaltung und Verbesserung der Fürsorge für die Opfer des Krieges. Hierher gehört die Sorge:
>
> 1. für die durch die Folgen von Verletzung oder Erkrankung im Felde in ihrem Erwerb beschränkten Kriegsteilnehmer (sogenannte Kriegsbeschädigte),
> 2. für die durch ihre Frontdienstzeit materiell geschädigten Kriegsteilnehmer,
> 3. für die Hinterbliebenen der auf dem Felde der Ehre gefallenen oder gestorbenen Frontkämpfer (Kriegshinterbliebene, Kriegswitwen, Kriegswaisen).

Andere Anträge forderten die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses für die Kriegsgefangenen, das Eintreten für die in französische Strafanstalten verschleppten Ruhrkämpfer usw.

Niemand wird überrascht sein, wenn ich bemerke, daß nicht einer der Anträge im Voll des Reichstages zur Sprache kam. Man hörte in den Kreisen deutscher Volksvertreter damals nicht gern von den Frontkämpfern. Und nun gar Vorrechte für diese Leute, das fehlte gerade noch!

In Deutschland war das Schicksal während und nach dem Kriege doch immer nur von Heimkämpfern bestimmt worden und dabei hatte es zu bleiben!

Die Frontkämpfer, die Dummen, dürfen draußen für den Gewinn des Schiebers und Börsenjuden bluten und sterben, in der Politik haben sie nichts zu sagen; denn davon verstehen sie nichts.

Es gibt ja allerdings noch Staaten, wie z. B. die Türkei, die freilich nicht im Genusse der wahren und vollendeten Demokratie stehen, die verdiente Frontoffiziere an hervorragende Posten als Botschafter u. dgl. setzen.

Aber diese rückschrittlichen Zustände weist eine Volksvertretung, die das hehre Erbe einer Etappen- und Heimkriegerrevolte zu wahren hat, entrüstet von sich.

Über den damaligen Reichstag legte ich seinerzeit folgende Betrachtungen nieder:

> „Im Volke, insbesondere in den angeblich führenden Schichten, hört man vielfach die Ansicht verbreitet, die Parlamentarier seien alle bloß Schwätzer. Diese Ansicht ist grundfalsch und gefährlich.

Auch die Auffassung, daß die Voraussetzung zur Eignung als Abgeordneter etwa die gleiche ist, wie früher die zum Bestehen der Hartschierprüfung in Bayern, nämlich 24 Stunden auf einer Seite schlafen zu können, ohne sich umzudrehen, ist nicht richtig.

Die Parlamentarier haben heute die Macht; sie sind sich dieser Macht bewußt und nützen sie restlos aus.

In dem Bestreben nach Befestigung ihrer Macht sind sich alle Volksboten über alle Parteien hinweg einig. Ihr Machtstreben findet allein in der Richtung eine Grenze, die ihnen Bindungen wirtschaftlicher und finanzieller Art auferlegen. Brauche ich in diesem Zusammenhange an Bauer, Höfle e tutti quanti erinnern? Oder den Namen des Mäzens Barmat ins Gedächtnis rufen?

Ich sage: Die Parlamentarier sind nicht nur einfach Schwätzer; sie wissen nur zu genau, was sie wollen.

Das aber setzen sie nicht im Plenum des Reichstages durch.

Die Reden, die dort vor meist leerem Hause gehalten werden, gehören für das dumme Volk. Das kann es dann in der Zeitung lesen; den Volksboten interessieren diese Dinge nicht. Wenn ein Vertreter ihrer Partei das Wort ergreifen muß, halten sie sich kurz im Sitzungssaale auf und erledigen dort ihre Schreibarbeiten, würzen die Ausführungen von Zeit zu Zeit mit dem vorgeschriebenen „sehr richtig“, ohne sich dabei in ihrer eigenen Privattätigkeit stören zu lassen. Vorher ist ja in den Ausschüssen alles verhandelt und festgesetzt worden, so daß keine Überraschungen eintreten können.

Etwas Abwechslung bringen dann die notwendigen Abstimmungen, doch auch die sind vorher schon vorgeschrieben.

Der richtige Parlamentarier ist von sich überzeugt, daß er ein höheres Wesen ist und daß er weit über die Masse des Volkes hinausragt. Dieser Masse des souveränen Volkes gesteht er, insoferne seine Wahl dadurch nicht gefährdet wird, nur *ein* Grundrecht zu: *die Dummheit.*

Dieses Grundrecht ist das einzige Recht in Deutschland, das durch den Artikel 48 der Reichsverfassung auch vorübergehend nicht außer Kraft gesetzt werden kann.

Im übrigen steht der neuzeitliche Volksvertreter auf dem Standpunkt: Grundsätze hat nur der dumme Mensch; ich bin ein moderner Mensch und wandle mich.

Wer das „hohe Haus“ zum ersten Male betritt, wird staunen über die Köpfe und Gestalten, die hier Deutschlands Gesetze machen, und kann sich dann über diese auch nicht mehr wundern.

Advokatenkniffe und Spitzfindigkeiten, politische Wechselgeschäfte, Augenblickseffekte und Worte, nichts als Worte, beherrschen den Raum.

Die besten Redner bestellen die Parteien zu ihren und des Volkes Führern.

Tatmenschen und Persönlichkeiten sind hier nicht am Platze.

Über die Parteien viel Worte zu verlieren, lohnt sich nicht.

Das, was in den Wahlaufrufen und Parteiprogrammen drinnen steht, streben sie sicher wohl *nicht* an.

Das elende Volk, das zu zahlen hat, die misera contribuens plebs, hat dagegen gläubig diese Weisheiten hinzunehmen.

Wie vor 2000 Jahren billigen ihm die auserwählten Vertreter des Volkes nur das panem et circenses, Brot und Spiele, zu. Die Beschäftigung mit Dingen, die über den Horizont eines Fußballklubs hinausgehen, wollen sie nicht dulden.

Ein eingehendes Werturteil über die Parteien im einzelnen abzugeben, maße ich mir bei der Kürze der Frist, die ich dem Reichstag angehört habe, nicht an. Ich kann nur die Eindrücke wiedergeben, die ich in dieser Zeit gewonnen habe.

Zunächst ist es eine der Besonderheiten der deutschen Republik, daß die Vaterlandsliebe in den Bereich der parteipolitischen Programme einbezogen wird und wohl auch werden muß. In anderen Ländern ist sie als Gemeingut aller Parteien eine Selbstverständlichkeit, ein Boden, der allen politischen Richtungen gemeinsam ist.

Im einzelnen ist zu sagen:

Die Deutschnationale Volkspartei ist trotz der schweren Enttäuschungen, die sie wiederholt den Nationalgesinnten bereitet hat, eine Partei, die vom nationalen Standpunkt aus die aufmerksamste Beachtung verdient.

Daß sie in entscheidenden Fragen, z. B. bei Annahme des Dawesplanes, immer wieder versagt hat, habe ich mir daraus zu erklären versucht, daß die Partei, kurz gesagt, mit einem Januskopf zu vergleichen ist.

Ein großer und zwar der ausschlaggebende Teil ihrer Vertreter richtet den Blick vornehmlich nach rückwärts und wünscht die Herbeiführung von Einrichtungen und Zuständen, die *gewesen* sind. Dieser älteren Generation steht eine junge, nach vorwärts blickende, gegenüber, die sich nicht entscheidend durchzusetzen vermag.

Der Ausgleich dieser beiden Richtungen muß, wie es das parlamentarische Getriebe mit sich bringt, meist auf einer Plattform gesucht werden, die wohl beiden nicht entspricht.

Diese „breite nationale Basis", das Tasten nach dem „kleineren Übel" und der „mittleren Linie" steht natürlich einer wirklich fruchtbringenden Arbeit entgegen.

Noch ein Wort zu der monarchischen Einstellung dieser Partei, die die Verlängerung des Gesetzes zum Schutze der Republik gesetzlich festgelegt hat.

Der Zwiespalt tritt hier offensichtlich zutage.

Man kann nicht „im Herzen" Monarchist sein und mit der Faust die Fahne der Republik einrammen.

Die Frage der Staatsform ist eine Frage des Grundsatzes und nicht der Taktik.

Diejenigen, die auf Grund geschichtlicher Erkenntnisse zu der Auffassung sich bekennen, daß die republikanische Staatsform für das deutsche Volk nicht taugt, müssen eine Festigung dieses Systems grundsätzlich ablehnen.

Daß man über die künftige Form und den Zeitpunkt, zu dem die Monarchie wiedererstehen soll, verschiedener Auffassung sein kann, hat damit gar nichts zu tun.

Die kampflos verlassenen Throne können nur durch Kampf, nicht durch Parlamentsbeschluß oder Volksentscheid wieder erstritten werden.

Der Fürst, der an der Seite seiner Volksgenossen in den Kampf zieht und als Befreier die Krone seiner Väter in einem freien Vaterland sich wieder erkämpft, wird deutscher Herzog und König sein.

Nicht die schmeichelnden Hofschranzen, die ihre Herren im November 1918 im Stich gelassen haben, sondern nur die rauhen Kämpfer können die Weggenossen sein, die den Fürsten den steilen Pfad zum Herzen des Volkes und zu den Stufen des Thrones hinaufgeleiten.

Die stärkste republikanische, die sozialdemokratische Partei, interessiert mich besonders deshalb, weil in ihr — heute noch — wertvollste Kräfte des Volkes, vor allem der Arbeiterschaft, zusammengefaßt sind.

Dies zu leugnen, wäre töricht; das hindert mich aber nicht, den Lehren des Marxismus und ihren Kündern als erbitterter Feind gegenüberzustehen.

Die Masse des arbeitenden Volkes, die heute noch der Sozialdemokratie Gefolgschaft leistet, der undeutschen Führung des Marxismus zu entreißen, ist überhaupt die Lebensfrage des deutschen Volkes.

Ein Franzose hat einmal gesagt: „Ich liebe Deutschlands Sozialdemokratie, weil ich Deutschland die Pest wünsche."

Der Arbeiter lebt heute noch zum Teil in dem Wahne, daß seine wirtschaftlichen Interessen in dieser Organisation die wirksamste Vertretung finden.

Natürlich kann es gar nicht Ziel der Sozialdemokratie sein, das Los des Arbeiters grundlegend zu bessern; denn die Unzufriedenheit der Masse ist ja die Voraussetzung ihres Bestandes. Damit der Arbeiter seine wirtschaftlichen Sorgen vergißt, versteht es die Sozialdemokratie meisterhaft, die Blickrichtung der Massen von Zeit zu Zeit in eine Richtung zu lenken, die dem Volk, das Brot will, eigentlich gleichgültig sein könnte.

Die Begriffe Republik, Reichsfarben usw. werden immer dann einer leidenschaftlichen Erörterung unterstellt, immer dann wird ein wilder Kampf um diese „Lebensrechte" des Volkes geführt, wenn es den Arbeitern und kleinen Leuten schlecht geht und sich ihnen die Erkenntnis aufdrängt, daß sie trotz ihres sozialdemokratischen Parteibuches nicht satt werden. Die marxistischen Führer wissen dabei genau so gut, wie die „bürgerlichen" Parteien, die diesen Ball gerne aufnehmen, daß diese Fragen heute nicht gelöst werden können.

Zentrum und Bayerische Volkspartei leben, wie die Sozialdemokratie, ausschließlich von der Urteilslosigkeit der Masse. Glaubt der Arbeiter in der „Arbeiterpartei des werktätigen Volkes" seine wirtschaftlichen Interessen wohl behütet, so ist der Katholik der Überzeugung, daß sein Glauben und seine Weltanschauung nur in der katholischen Volkspartei verteidigt wird. Daß er mit seinem religiösen Bekenntnis die politischen Geschäfte einer Partei befriedigt, darüber denkt er nicht nach und erfährt es auch nicht, da davon in der Presse, die er als guter Katholik zu lesen hat, nichts drin steht.

Die kommunistische Partei wendet sich vor allem an das junge, revolutionäre Proletariat.

In der Verneinung des gegenwärtigen Staates fanden wir uns meist mit den Kommunisten.

Daß in der Partei die Juden eine ausschlaggebende Rolle spielen, habe ich für den deutschen Arbeiter, der dem Wahn sich hingab, an der Seite dieser Kampfgenossen sich ein besseres Los zu erstreiten, stets bedauert. Immerhin bin ich der ketzerischen Auffassung, daß die revolutionäre Schule des Kommunismus der Gewinnung des deutschen Arbeiters für den völkischen Freiheitskampf besser vorarbeitet, als die aller Ideale bare Zersetzungsarbeit der sozialdemokratischen Bourgeoisie.

Der Deutschen Volkspartei stehe ich vollkommen wesensfremd gegenüber.

Für diese Art „nationaler Realpolitik", die in dem Namen Stresemann ihren sichtbaren Ausdruck findet, kann ich kein Verständnis aufbringen. Meine Einstellung geht vielleicht am besten aus einer Bemerkung hervor, die ich nach Zusammentritt des Reichstags einem Freunde gegenüber machte: „Daß im Deutschen Reichstag 62 Kommunisten sitzen, ist begreiflich und läßt sich ertragen; hoffnungslos aber ist, daß das deutsche Volk 44 Mitglieder der Deutschen Volkspartei als seine Vertreter gewählt hat."

Über die Demokraten mich zu äußern, will ich mir versagen. Die Partei stellte trotz ihrer Minderzahl im Verhältnis die meisten Minister, ein Beweis dafür, daß man heute alles eher vertragen kann als „Tatmenschen".

Ich weiß nur eines: an dem Tage, an dem einmal ein wirklicher Deutscher Reichstag gewählt wird, in dem aber auch nicht ein einziger Demokrat mehr sitzt, ist Deutschland gerettet. Der unerträgliche Liberalismus hat Deutschland an den Rand des Abgrundes geführt; seine restlose Ausrottung wird seine Wiedergeburt sichern.

Die Wirtschaftspartei führt allein durch ihren Bestand den Beweis von der ewigen Richtigkeit der Goethe'schen Sätze im Faust: „Mit Worten läßt sich trefflich streiten, mit Worten ein System bereiten. Drum eben haltet Euch an Worte!"

Sie gibt vor, nur den wirtschaftlichen Interessen zu dienen und diese Fragen zu lösen, eine Aufgabe, die den alten politischen Parteien nicht gelungen ist. Die Übersättigung mit Politik, die Unzufriedenheit mit den politischen Parteien und die Sehnsucht nach Linderung der wirtschaftlichen Notstände schafft einen günstigen Boden

für die Aufnahme dieser Partei. Die biederen Bürger fliegen daher wie die Mücken auf die von ihr ausgelegten Leimruten.

Daß die Mehrzahl der Wähler an der Politik dieser Partei, der sie jetzt urteilslos in steigendem Maße blind nachlaufen, ihre Freude erleben werden, bezweifle ich.

Die Wirtschaftspartei kann sich an Ideenlosigkeit und Phrasenschwang mit der demokratischen Partei ruhig in eine Linie stellen, wie sie überhaupt eine Neuauflage dieser berüchtigten Verfassungspartei in keineswegs verbesserter Form darstellt.

Alles in allem: keine der politischen Parteien kann und will das halten, was sie verspricht.

Das Amt des Volksvertreters ist heute ein Beruf geworden, wie jeder andere.

Um den Pflichten seiner hohen Aufgabe besser gerecht werden zu können, nimmt der deutsche Abgeordnete eine wirtschaftliche Sicherstellung gerne in Kauf.

In den Aufsichtsräten sitzt der Sozialdemokrat friedlich neben dem Deutschnationalen.

Daß diese wirtschaftliche Verbundenheit den Volksvertreter dazu führen wird, sich mit aller Kraft für die Besserstellung der sozialen Lage der Arbeiter und Angestellten einzusetzen, was eine Minderung der Dividenden zur Folge haben würde, ist schwer vorzustellen.

Das Parlament wird Deutschland natürlich niemals retten.

Der Parlamentarismus ist zu jeder großen Tat unfähig. „Das Unzulängliche hier wird's Ereignis!"

Man soll und muß, wenn man Deutschlands Freiheit will, ein erklärter und erbitterter Feind dieser Einrichtung sein und sie bekämpfen."

Soweit meine damaligen Betrachtungen über den Reichstag 1924, an denen ich im wesentlichen auch heute noch festhalte, wenn sich auch Gewicht und Zusammensetzung dieser Volksvertretung unterdessen erheblich gewandelt hat.

32. Der Frontbann.

Beim Abschied aus der Kriegsschule übergaben mir Hitler und Kriebel Schriftstücke, die mir uneingeschränkte Vollmacht zum Neuaufbau der Wehrbewegung gaben.

Die Aufgabe, vor die ich mich nun gestellt sah, war eine große: aus den von Kahr verbotenen und zerschlagenen Verbänden sollte ich wieder ein kampffähiges Instrument der Bewegung machen.

Die völkische Idee war durch Kahr nicht getroffen worden; im ganzen Volke hatte sie mächtig Fuß gefaßt.

Die Zusammenfassung in eine einheitliche politische Bewegung war in die Wege geleitet; mir oblag, dieser zu schaffenden politischen Macht eine starke Wehrbewegung als Rückgrat und Stütze zur Seite zu stellen. Die Entschlußfassung, in welcher Form ich meiner Aufgabe gerecht werden wollte, behielt ich mir vor, bis ich einen persönlichen Eindruck über die Dinge draußen gewonnen hatte. Ich war doch fünf Monate von der Welt abgeschlossen gewesen und konnte mir aus Berichten und Zeitungsnachrichten kein klares Bild machen.

Entscheidungen vom grünen Tisch aus waren mir von je verhaßt.

So waren die ersten Wochen meiner Freiheit mit Besprechungen und Besuchen ausgefüllt; es war die Zeit der Aufklärung und Erkundung.

Meine Fühlungnahmen erstreckten sich nach verschiedenen Richtungen.

Ich ließ zunächst bei der bayerischen Staatsregierung erkunden, ob sie das Verbot der Kampforganisationen aufzuheben bereit sei. War diese Geneigtheit zu erzielen, ohne die Wesensart der Kampfverbände leugnen zu müssen, so wollte ich diese in der alten Form, nur in engerem Zusammenschluß, wieder erstehen lassen. Wenn nicht, dann mußte eben ein ganz neuer Weg beschritten werden. Meine Bestrebungen waren dadurch erschwert, daß Unterverbände des Kampfbundes, darunter besonders Oberlandführer, mit Regierung und Reichswehr schon in Unterhandlungen getreten waren. Nach dem Grundsatz „Teile und herrsche" verhandelte die Regierung natürlich lieber mit den einzelnen Verbänden, als mit der Spitzenvertretung. Dazu kam, daß sie sich selbst im „Notbann" eine Organisation schaffen wollte, in der sie alle Wehrverbände unter ihrer Botmäßigkeit aufzusaugen entschlossen war. Die Leitung des Notbannes übertrug sie vorerst dem General von Epp, in der Annahme, mit der Zugkraft seiner Persönlichkeit und seines Namens alle anderen Verbände mit der Zeit

lahmzulegen. Der General übernahm zunächst dieses Amt, trat aber später, wohl nachdem er tieferen Einblick gewonnen hatte, von der Aufgabe wieder zurück. Der Gedanke der Regierung war absolut folgerichtig. Solange ich im aktiven Heeresdienst stand, war mein Bestreben dasselbe. Im jetzigen Zeitpunkt stand ihm jedoch entgegen, daß die Ziele der bayerischen Staatsregierung mit denen der Freiheitsbewegung nicht in Übereinstimmung gebracht werden konnten. So durfte ich die Hand nicht dazu bieten, unsere besten kampfgewillten Kräfte einem uns wesensfremden Zwecke zur Verfügung zu stellen und verbot daher die Zugehörigkeit zum Notbann. Der Entschluß fiel mir nicht leicht, hatte er doch, wie die Verhältnisse in Bayern lagen, für dieses Gebiet den Verzicht auf Vorteile zur Folge, die nur die Zusammenarbeit mit der Regierung bot. Des Spaßes halber sei eingefügt, daß bei den Verhandlungen allen Ernstes der Standpunkt vertreten wurde, „wer nicht im Notbann ist, darf an dem künftigen Befreiungskampf nicht teilnehmen!" Der Entschluß hatte aber auch weiter nur dann Erfolg, wenn dem Notbann die geschlossenen völkischen Formationen gegenübergestellt werden konnten. Dem stand aber die von Oberland bereits eingeleitete Extratour entgegen. Dr. Weber wollte von seiner Haftzelle in Landsberg aus keine Entscheidungen treffen; seine Stellvertreter Meyding und Alzheimer versprachen sich von einem selbständigen Vorgehen Oberlands für ihren Verband mehr Erfolg, als von einer geschlossenen Front, der vormals im Kampfbund vereinten Kräfte. Ein Bruch ließ sich vorerst noch vermeiden.

Die Altreichsflagge, die der rührige Leutnant Liebel nach den Novembertagen in Nürnberg ins Leben gerufen hatte (darunter auch in München eine Ortsgruppe, die die Tradition der Reichskriegsflagge übernehmen sollte), trat vorbehaltlos sofort unter meine Führung. In München, Augsburg, Nürnberg und später auch in Memmingen, konnte ich viele treue Kameraden begrüßen.

Bevor ich einem allenfallsigen Neuaufbau der S.A., deren Organisation mir Hitler gleichfalls anvertraut hatte, nähertrat, hatte ich eingehende Aussprachen mit Hauptmann Göring, den ich in seiner Verbannung in Innsbruck aufsuchte, und mit Oberleutnant Roßbach, der in Salzburg wirkte. Das Ergebnis der Besprechungen war, daß mich Göring noch

persönlich zu seinem Stellvertreter in der Führung bestimmte und mir unbeschränkte Vollmacht gab. Roßbach trat mir als Stabschef für die zu schaffende S.A. zur Seite.

Am 17. und 18. Mai fand in Salzburg eine große Führerbesprechung der S.A. statt, die ich leitete. Die Teilnehmer zu der Besprechung waren aus allen Gauen Deutschlands und Österreichs gekommen; viele Mißhelligkeiten, Unstimmigkeiten und Unklarheiten waren zu beheben. Ich erließ dort vorläufige Richtlinien für den Neuaufbau der S.A., deren Gliederung der später für den Frontbann getroffenen entsprach. Die Einsetzung der Führer in Deutschland und Österreich behielt ich mir vor. Die erfolgreich verlaufene Tagung wurde auf der Feste Hohen-Salzburg eindrucksvoll beendet.

Am 10. und 11. 5. war eine große erhebende Kundgebung, der Deutsche Tag in Halle.

An 200 000 Teilnehmer hatten sich dort versammelt. 3900 Fahnen flatterten auf dem Paradefeld, das Exzellenz Ludendorff abschritt. Die völkischen Verbände hatten in Merseburg Quartier genommen, wo ich in vier Sälen am Abend des 10. sprach. Graf von Helldorff trat damals das erstemal als völkischer Führer hervor.

Sofort nach meinem Eintreffen im Reichstag in Berlin hatte ich Gelegenheit, mich durch Aussprachen mit Hauptmann von Heydebreck, dem erfolgreichen Freikorpsführer und Führer der nationalsozialistischen Kampfverbände von Berlin und mit Vertretern von Ostpreußen, Bremen usw. über die Verhältnisse in Norddeutschland zu unterrichten. Durch die nahe Berührung mit Exzellenz Ludendorff vermochte ich auch seine Auffassung kennen zu lernen.

Am Ende all dieser Besprechungen und Erkundungen stand mein Entschluß, den Frontbann zu gründen.

Er sollte herauswachsen aus dem straffen Zusammenfassen solcher Einheiten, die noch im Reiche bestanden, und neuer Verbände an den Orten, wo die Kampfverbände der Auflösung verfallen waren.

Die Versuche, einen Widerruf der aufgelösten Verbände zu erwirken, gab ich auf. Am liebsten wäre mir überhaupt die restlose Auflösung der ganzen Unterverbände gewesen.

Mit Rücksicht auf Tradition und Gewohnheit verzichtete ich auf die Maßnahme.

Verantwortlicher Führer wollte ich allein sein; weder General Ludendorff, noch Adolf Hitler, noch Oberstleutnant Kriebel sollten durch den Frontbann belastet werden. Der Name Frontbann fiel mir auf einer Fahrt nach Landsberg am 31. 5. ein. Dort unterrichtete ich Hitler, Kriebel und Weber von meinem Vorhaben, ohne auf Widerspruch zu stoßen. In Besprechungen in Augsburg und Nürnberg am 31. 5. und 1. 6. setzte ich meinen Plan sofort in die Tat um und bestimmte die vorläufigen Führer für die örtlichen Einheiten.

Auch mit dem politischen Führer in Nürnberg, Julius Streicher, dem rücksichtslosen und unermüdlichen nationalsozialistischen Vorkämpfer, fand ich volles Einvernehmen.

Mitte Juni war ich noch zweimal in Landsberg. Hitler hatte manche Einwände; ich fühlte, daß es ihm in seiner Abgeschlossenheit schwer würde, einen Entschluß zu fassen. Schließlich wies Kriebel darauf hin, daß ich als bevollmächtigter Führer die Sache eben nach eigenem Gutdünken ordnen müßte und auch Hitler überließ mir freie Hand in der Durchführung.

Jetzt galt es, ungesäumt zu handeln: sowohl die politische wie die militärische Organisation mußte in straffe Formen gebracht werden. Die Mannschaften waren da; konnten sie nicht sofort organisatorisch erfaßt werden, so war der psychologische Moment verpaßt und sie verliefen sich wieder.

Ludendorff übernahm die Gesamtführung. Mir überließ er vorläufig die Freiheit, die militärische Organisation nach meinen Plänen aufzubauen. Bei den politischen Vertretern fand ich wenig Gegenliebe und Interesse. Sowohl die Fraktion des Reichstages, wie die des Bayerischen Landtages sah in dem Wehrverband eine Art lästiger Konkurrenz, auf die sie lieber verzichtet hätten. Nur einige Abgeordnete des Reichstags brachten meinen Bestrebungen Verständnis und auch Unterstützung entgegen. Allen Widerständen und jedem Übelwollen zum Trotz war ich aber entschlossen, auf eigene Verantwortung hin die Aufgabe, die mir gestellt, durchzuführen.

Am 10. 7. fand unter dem Vorsitz des Generals Ludendorff eine eingehende Aussprache aller Münchner Führer